

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 40. Jahrgang, Nr. 11, Freitag, 14. Juni 2019

Einwanderungsbeschränkung?

2

Die Karpfen von Ellikon

11

Blocher: «Ich bekämpfe den Freiheitsverlust.»

14

Küssnacht am Rigi SZ

Bild: Barbara Steinemann, Watt/Regensdorf ZH



Unionsbürgerrecht oder ...

... Einwanderungsbeschränkung?

von Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli AG

hf. Nationalrat Andreas Glarner hat das nachfolgende bemerkenswerte Referat, das wir in zwei Teilen und in gekürzter Form abdrucken, am 27. Mai 2019 im Anschluss an die Generalversammlung der «Schweizerzeit» gehalten. Hier der erste Teil; der zweite folgt in der nächsten «Schweizerzeit».



Der Grund für diese Unionsbürgerrichtlinie oder eben das Unionsbürgerrecht ist ohne Zweifel das Rahmenabkommen, das neuerdings Institutionelles Abkommen (InstA) genannt wird.

Ende des bilateralen Weges
Das sogenannte InstA beinhaltet die Unterwerfung der Schweiz unter EU-Institutionen – mit der automatischen Übernahme

von EU-Recht und der Unterstellung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof. Das Abkommen würde unsere direkte Demokratie, unsere Unabhängigkeit, die Neutralität und den Föderalismus letztlich zerstören. Zudem bedeutet das Abkommen das Ende des bilateralen Weges. Es führt die Schweiz schleichend in die EU. Darum ist das InstA mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

Das Schweizer Volk fordert die eigenständige Steuerung der Zuwanderung – das InstA bewirkt das Gegenteil: Die Personenfreizügigkeit wird mit dem InstA entgegen der Bundesverfassung zementiert und ausgebaut. Auch schliesst das Abkommen die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie nicht aus – mit der faktischen Gleichstellung von EU-Bürgern und Schweizern. Damit verbunden wären jährliche Kosten in Milliardenhöhe für unser Sozialsystem. Zudem würde die bisher angewandte Salami-taktik der EU dazu führen, dass EU-Ausländer früher oder später die gleichen Stimm- und Wahlrechte hätten wie

Hauptprobe?

Bevor Nationalrat Andreas Glarner (SVP/AG) an der «Schweizerzeit»-Frühjahrstagung das Wort ergreifen konnte, versuchten etwa zwei Dutzend Keifweiber mit durchdringendem (aber unverständlichem) Gekreische und grossem Transparent den Gästen den Eintritt ins Veranstaltungslokal zu versperren. Nach wenigen Minuten ergriffen die Schreierinnen die Flucht, hinterliessen aber ein Flugblatt, das die Kreisch-Attacke zur «Hauptprobe für den Frauenstreik» emporstilisierte. Sollten die streikenden Frauen auf solche Verbündete angewiesen sein – dann: Prosit Frauen!

sie für Schweizer Bürgerinnen und Bürger gelten. Und kriminelle EU-Bürger könnten nicht mehr des Landes verwiesen werden.

Ende der Kantons- und Gemeindeautonomie

Zudem betrifft das Verbot staatlicher Beihilfen das gesamte staatliche Handeln der Kantone, der Gemeinden und des Bundes. Insbesondere kantonale und kommunale Instrumente wie Wirtschaftsförderung, steuerliche Anreize, Investitionen in die Wasserkraft, kantonale Gebäudeversicherungen oder Staatsgarantien für Kantonalbanken wären davon betroffen. Aber auch staatliche Beiträge für die Landwirtschaft (zum Beispiel Verkä-sungs- oder Siloverbotszulagen) oder Subventionen für kulturelle und sportliche Vereine und Schwimmbäder wären verboten.

Im Widerspruch zur von der Economiesuisse beschwo-renen «Rechtssicherheit» würde mit dem InstA der politischen Willkür aus Brüssel Tür und Tor geöffnet. Zudem bringt das Abkommen nicht nur Sanktionen gegen die Schweiz bei Nichteinhaltung, sondern zusätzlich eine Super-Guillotine: Sollte die Schweizer Bevölkerung einmal nicht im Sinne der EU entscheiden, würde die EU legitimiert, alle dem Rahmenabkommen unterstellten Abkommen ausser Kraft zu setzen.

Das Gutachten von Professor Glaser

Dank Gregor Rutz liegt nun glücklicherweise ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas Glaser vor, der Staats-, Verwaltungs- und Europarecht an der Universität Zürich lehrt. Zur Frage, ob das InstA dem obligatorischen Referendum unterstellt werden müsse, nimmt er glasklar wie folgt Stellung (Zitat):





Schweizer Werte
in der Vermögensverwaltung
seit 1983

Ihr Ansprechpartner Markus Müller informiert Sie über alle Möglichkeiten und berät Sie gerne.
Tel: 041 725 35 45 Email: markus.mueller@mpmswiss.com

KOMPETENT, UNABHÄNGIG, ERFOLGREICH
MPM SWISS AG · Riedstrasse 11 · 6330 Cham · www.mpmswiss.com

«Das <Abkommen zur Erleichterung der bilateralen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft in den Bereichen des Binnenmarkts, an denen die Schweiz teilnimmt> (InstA) beziehungsweise der Beschluss zu dessen Genehmigung durch die Bundesversammlung muss dem obligatorischen Referendum unterstellt werden. Er bedarf somit der Zustimmung von Volk und Ständen.»

Das Schiedsgericht als Farce

Prof. Glaser weiter: «Kommt es bei Differenzen über die Anwendung von EU-Recht im sektoriellen Gemischten Ausschuss zu keiner einvernehmlichen Lösung, kann jede Vertragspartei verlangen, dass ein Schiedsgericht den Streitfall entscheidet. (...) Betrifft der Streitfall eine Bestimmung, die im Unionsrecht vorkommt, so ruft das Schiedsgericht den Europäischen Gerichtshof (EuGH) an. Das Urteil des EuGH ist für das Schiedsgericht verbindlich. Das Schiedsgericht muss das Urteil des EuGH übernehmen und eins zu eins in das Urteil gegenüber der Schweiz umsetzen.

Sowohl nach dem Vertragsverletzungsverfahren als auch nach dem InstA kann die EU-Kommission eine ihrer Ansicht nach unionsrechtswidrige Verhaltensweise eines EU-Mitgliedstaats (beziehungsweise der Schweiz!) eigenständig einer Entscheidung durch den EuGH zuführen. Somit ist die Kommission, das supranationale Überwachungsorgan der Gegenpartei, in der Lage, die Sache

jederzeit vor ihren eigenen Gerichtshof zu bringen. Sie ist damit die faktische Überwachungsbehörde der Schweiz.»
Fazit: Das InstA unterstellt uns fremden Richtern!

Zahlen zur Einwanderung

Nun zur Einwanderung. Per 31.12.2018 lebten in der Schweiz 8'542'300 Personen – davon 25,1 Prozent Ausländer. Gegenüber dem Jahr 2006 leben nun über 1 Million mehr Menschen in die Schweiz – innert dreizehn Jahren!

Wenn man Ihnen nun erzählt, dass im Jahr 2018 ja «nur» 59'338 gekommen seien, dann stimmt das natürlich nicht – neu gekommen sind 140'087 – und es sind 80'749 gegangen – das ergibt dann den Saldo von 59'338. Zu integrieren sind aber 140'087!

Was bedeuten 60'000 neue Einwohner? Sie brauchen 26'000 Wohnungen, 120 Ärzte, 285 Krankbetten, 450 Krankenschwestern, 32 Zahnärzte, 225 Schulklassen, 54 Schulhäuser, 31'500 Autos, 15 Prozent der Leistung der KKW Mühleberg, 1 Gefängnis, 1 Bezirksgericht.

Von allen, die offiziell zu uns gekommen sind, arbeiten nicht einmal die Hälfte – nämlich nur 47,7 Prozent; der Rest kommt als Familiennachzug (42'636), aus dem Asylbereich etc. Und immer weniger kommen aus unseren Nachbarländern mit europäischer Kultur – mittlerweile sind es noch 26 Prozent.

Fortsetzung auf Seite 4

Übergangsrente à la KKS:
(Weg-)Beförderungs-Freibrief
für ältere Arbeitnehmer
cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



800'000 eingebürgert

Dann gibt es noch den Bürgerrechtssaldo – 2018 wurden 42'623 Ausländer eingebürgert. Seit 1985 haben wir 800'000 Ausländer zu Schweizern gemacht – davon 400'000 in den letzten 10 Jahren. 38 Prozent stammen aus dem Balkan und der Türkei. Und trotzdem leben in der Schweiz über 2,1 Millionen Ausländer – nicht berücksichtigt sind hier die geschätzten über 100'000 «Sans papier» und untergetauchten Asylbewerber.

Zudem leben rund 500'000 Muslime in unserem Land, davon sind bereits 160'000 eingebürgert. Neuerdings werden auch nicht muslimische Kinder in einer Art Gruppendruck faktisch gezwungen, beim Ramadam mitzumachen – so fällt weniger auf, dass gar kein Unterricht mehr möglich ist, weil die fastenden Schüler spätestens ab Nachmittag wie tote Fliegen im Stuhl herumhängen. Es ist bezeichnend, dass das erste Neugeborene des Jahres 2019 im Kanton Schwyz «Muhammed» heisst und dass dieser Vorname nicht nur in London sondern auch in Berlin der häufigste Vorname geworden ist.

Ist Zuwanderung CO₂- und Energie-frei?

Es sind die gleichen Kreise, die eine CO₂-freie Schweiz fordern – und gleichzeitig einer ungehinderten Zuwanderung das Wort reden. Sind sich diese linksgrün-alternativen Träumer eigentlich bewusst, dass für diese Zuwanderer auch Wohnungen und Strassen gebaut werden müssen? Dass Infrastrukturen gebaut und betrieben werden müssen? Und dass eine florierende Wirtschaft nötig ist, um all diese Wachstumsrealitäten und grünen Utopien bezahlen zu können? Und sind sie sich bewusst, dass jährlich 60'000 Zuwanderer eine Siedlungsfläche von über 3'000 Fussballfeldern brauchen?

Es nützt nichts, wenn die ansässige Bevölkerung Strom spart, wenn gleichzeitig jedes Jahr Ausländer in der Gröszenordnung der Stadt Biel einwandern und die Schweiz deshalb jährlich zusätzlich Strom im Umfang von 630 Mio. kWh verbraucht, was wiederum der Jahresproduktion von 15 Prozent des Kernkraftwerks Mühleberg entspricht. Wir werden den Tag erleben, an welchem das gesamte Netz Europas zusammenbricht – und es mindestens 48 Stunden dauern wird, bis dieses wieder

hochgefahren werden kann. Der Kollaps ist jederzeit möglich.

Kostenexplosion im Sozialbereich

Die Nettoausgaben für die Sozialhilfe pro Einwohner haben sich innert zehn Jahren verdoppelt. Auch die Sozialhilfe des Bundes für Flüchtlinge hat sich im gleichen Zeitraum von 600 Millionen auf 1,38 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Inzwischen beziehen 26'000 Flüchtlinge Sozialhilfe vom Bund, den Rest bezahlen Gemeinden und Kantone.

Materielle Grundsicherung (Ehepaar mit drei Kindern)

2'386 Fr.	Grundbetrag
1'642 Fr.	Wohnung
1'136 Fr.	Beiträge an Sozialversicherungen
124 Fr.	Verkehrsauslagen
1'088 Fr.	Hortkosten (4 Tage pro Woche von 12 bis 18 Uhr)
= 6'776 Fr.	Materielle Grundsicherung

Dazu kommen noch horrenden Zahnarztrechnungen etc. ... alles steuerfrei

Zunehmende Arbeitslosigkeit

Nachdem die Schweiz punkto Beschäftigung jahrzehntelang die Nummer 1 war, sind wir 2014 auf Platz 5 und 2019 auf Platz 18 abgerutscht. Rund 50 Prozent der Arbeitslosen sind Ausländer. Nun kann man sagen, das sei klar, weil diese auch die weniger qualifizierten Jobs verrichten würden, welche zunehmend verschwinden. Das stimmt zum Teil, aber wieso lassen wir dann immer mehr Unqualifizierte herein? Und warum lassen wir vor allem Personen aus Branchen herein, in denen wir schon die höchste Arbeitslosigkeit haben? Es ist doch absurd, dass das Gastgewerbe mit über 5'000 Einwanderungen die «Nummer 1» ist, obwohl genau diese Branche 10'477 Arbeitslose (per 31.12.2018) aufweist.

Die Begrenzungsinitiative – von höchster Dringlichkeit

Die masslose Zuwanderung muss endlich begrenzt werden – mit der Begrenzungsinitiative. Sie lautet wie folgt:



safe4u
ALARMANLAGEN
MADE IN GERMANY



A. Haring
079/822 93 75



Ch. Ziegler
076/389 02 15

Vorteile der neuen safe4u 365pro Alarmanlage:

- Einfache Inbetriebnahme, sofort einsatzbereit
- Ohne WLAN/Funk, zertifiziert strahlungsfrei
- Ohne Montage und bauliche Massnahmen
- Zuverlässige Absicherung bis 800m²
- Ohne Folgekosten, Service-Abo, Wartung etc.



www.safe4u.ch

Wir beraten Sie gerne:

alexander.haring@safe4u.ch
christoph.ziegler@safe4u.ch

Die Revolution im Einbruchschutz



Beugen Sie jetzt vor!

Testen Sie die neue safe4u Alarmanlage, kostenlos - direkt bei Ihnen zu Hause!

Bundesverfassung, Art. 121b Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

¹ Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.

³ Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungsinitiative neu zu verhandeln. Wird keine Verständigung erreicht, ist das Abkommen innert 30 Tagen zu kündigen.

Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit wären nur die sieben Verträge der Bilateralen I betroffen. Das wichtige Freihandelsabkommen von 1972, aber auch das Abkommen über Zollerleichterungen, sowie Dutzende Kooperationsabkommen und die mehr als 100 anderen Abkommen würden bestehen bleiben. Die EU und die Schweiz würden weiterhin bilateral zusammenarbeiten und weitere Verträge in gegenseitigem Interesse abschliessen.

Bilaterale im Interesse der EU

Wir haben ein Handelsbilanzdefizit mit der EU – das heisst, wir kaufen den EU-Ländern mehr ab als sie uns. 2018 haben wir Güter für 121,35 Milliarden Franken in die 28 EU-Staaten exportiert – aber Güter für 141,81 Milliarden importiert. Die Schweiz ist nach wie vor der dritt wichtigste Kunde der EU – nach den USA und China.

Zudem gewähren wir 315'848 EU-Grenzgängern Arbeit in unserem Land – Tendenz stark steigend. Über die Hälfte davon stammt aus Frankreich, 20 Prozent aus Deutschland. Fazit: Wir haben starke Trümpfe in der Hand. Die EU hat alles Interesse an guten Beziehungen und wird diese nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

(2. Teil folgt)

Andreas Glarner

Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Demagogie



Ungeheuerlich, wie die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter das Initiativrecht – Wesenselement der Direkten Demokratie – geisselt: Wer der Begrenzungsinitiative (welche die offensichtliche Nicht-Umsetzung des Verfassungsartikels gegen die Masseneinwanderung durch Bundesbern korrigieren will)

zustimme, der stürze die Schweiz in Brexit-Wirren. Solch unglaubliche, den Bürger diffamierende Behauptung äusserte die Bundesrätin an der Medienkonferenz, an der sie Bundesberns Feldzug gegen die Begrenzungsinitiative entfesselte.

Brexit-Wirren: Wie lauten die Tatsachen? Weil die EU – durch und durch völkerrechtswidrig – einem souveränen Volk, das sich in aller Freiheit gegen die Weiterführung der EU-Mitgliedschaft ausgesprochen hat, jedes nur erdenkliche Hindernis, jede nur erdenkliche, weit von jeglicher Legitimität aufgebaute Hürde aus Macht- und Raffgier (England ist schliesslich Netto-Zahler) entgegenstellt, wurden Brexit-Wirren losgetreten – Zeugnis der Brüsseler Missachtung jeglicher demokratischer Willensäusserung eines Volkes.

Spalte rechts

Nur eine einzige Warnung an die Adresse der Schweiz geht von den Brexit-Wirren aus: Werdet nie Mitglied der Europäischen Union! Die EU wird euch, solange sie noch Geld in Berns Kassen wähnt, nie wieder gehen lassen, vielmehr unter Anwendung aller Schliche, Kniffe und Tricks aussaugen bis zum Letzten.

Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter demonstriert, wie die Schweiz, wenn EU-Fragen im Spiel sind, beim Abstimmen erpresst wird – mit einer Bundesrätin als Helfershelferin. Dabei trifft die Begrenzungsinitiative jene, die Billigstarbeiter en masse aus der EU importieren wollen. Sie durchkreuzt Keller-Sutters durchtriebene Offerte mit der «Übergangsrente», die zehntausende Schweizer, sobald sie 58 sind, aus der Arbeitswelt abdrängt, weil sich die Manager internationaler Konzerne höhere Gewinne und Boni ausrechnen, wenn sie Schweizer durch billigere EU-Ausländer ersetzen können. Sie füllen ihre Taschen – den Schweizern aber verbleibt es, die «Unbrauchbaren» jahrelang mit Sozialhilfe durchzufüttern. Diesen Egoisten zum Gefallen erhalten die Schweizer den Tritt in den Hintern.

Dafür erpresserisch mit Brexit-Wirren zu drohen, ist eigentlich das letzte, was Schweizer Bürgerinnen und Bürger von Bundesbern erwarten dürften.

Ulrich Schlüer

Die Sprachterrorist*innen



«Kriminelle Ausländer müssen endlich konsequent ausgeschafft werden!» Wie verstehen Sie diese Forderung? Meinen Sie, dass nur männliche Kriminelle die Schweiz verlassen müssen – und weibliche nicht? Werden Mörderinnen durch das maskuline Wort «Ausländer» gedanklich ausgeschlossen und somit sprachlich diskriminiert? Bestimmt nicht.

Dieses Gedankenspiel zeigt sinnbildlich, wie absurd die sogenannten politisch korrekte Sprache ist. Würden sich die Linken überhaupt für die Sicherheit der Schweiz interessieren, so würden sie wohl schreiben: «Kriminelle Ausländer*innen müssen endlich konsequent ausgeschafft werden!» Das linke Gendergaga-Sternchen schliesst alle politisch konstruierten Minderheiten mit ein. Also das vierte Geschlecht, Cross-Gender und 60 weitere «Geschlechteridentitäten».

Der vernünftig denkende Mensch kann über diesen Gendergaga schmunzeln und ihn als weiteren linken Irrsinn abtun. Doch so einfach ist es nicht. Denn die Linken bestimmen fast flächendeckend die Sprache in den Kartellmedien und den öffentlichen Verwaltungen.

Wer die Sprache beherrscht, beherrscht die Menschen. Denn das, was wir lesen, findet schliesslich auch Eingang in unser Denken und Fühlen.

Die Linken missbrauchen die Sprache als politische Waffe und drücken so ihre absurde Ideologie ins Bewusstsein und Unterbewusstsein der Menschen. Dabei verankern sie linke Kampfbegriffe wie Klimakatastrophe, Frauenstreik oder Diskriminierung. Zudem deuten sie die Realität um. So lesen wir in den Kartellmedien laufend nur die linke Sicht auf die Welt – die Frauen seien unterdrückt, der Nationalstaat sei böse, die Polizei rassistisch. Und der allumfassende Sozialstaat sei die Antwort auf jedes gesellschaftliche Problem.

Wir Bürger sind von linken Propagandisten umzingelt. Es fehlt eine national bedeutende rechts-freie Tageszeitung, die ein Gegengewicht schafft. Je länger eine solche Tageszeitung auf sich warten lässt, umso kleiner wird der dafür vorhandene Markt. Denn die linke Propaganda verfängt bei immer mehr Menschen.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Churz & Bündig

Die Methode ist so alt wie durchsichtig: Man sagt denen, die man ingrimmig hasst, ebenso monumentale wie unwahrscheinliche Sitzgewinne voraus. Gewinnen sie dann tatsächlich, aber nicht so monumental wie vorausgesagt, kann man sie fast als Verlierer abtun, den Umzug vieler Roter zu den Grünen dafür um so lautstärker als «Wahlereignis» feiern – obwohl diese Wanderung für die Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament ziemlich irrelevant bleiben wird.

Aber so glaubt man, die Ratlosigkeit überspielen zu können, welche den wahren Ausgang der EU-Wahlen charakterisiert: In der EU-Lokomotive Deutschland verliert die Grosse Koalition Mehrheit und Rückhalt im Wahlvolk. Macron wird von der als Populistin Geschmähten in den Schatten gestellt. Italien foutiert sich um Brüssel: Sie sind morsch geworden, jene aus den drei wichtigsten EU-Gründerstaaten gezimmerten Säulen.

us



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Verbrecher der alten Schule

Bankräuber Portmann – kein Held der Linken

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Hugo Portmann war zusammen mit Walter Stürm in den Achtzigerjahren auf Bankräubertour. Aber während Stürm zum Liebling der Linken avancierte, blieb diese «Ehre» Portmann versagt.



Hugo Portmann, im November 1959 geboren, wuchs in Heimen und Pflegefamilien auf. Die Erzieher bezeichnen ihn als «ungehorsam, eigenwillig, zerstörerisch». Bald kommt er auf die schiefe Bahn.

Flucht in die Fremdenlegion

Nach seiner ersten Tat versteckt sich der junge Portmann bei der französischen Fremdenlegion. Dort, im Tschad, lernt er eiserne Disziplin, gnadenlose Entbehrungen und den perfekten Umgang mit Waffen, alles Fähigkeiten, welche er später noch brauchen wird. Doch zurück in der Schweiz bleibt die Stellensuche mit seinen Fähigkeiten – Tresore knacken und Granatwerfer schiessen – erfolglos, und so überfällt er 1983 die erste Bank.

Es folgen weitere Überfälle. Er schießt auf Polizisten, nimmt Geiseln. Immer wieder landet er hinter Gittern, kann aber ausbrechen. Schwer bewaffnet überfällt er nach vier Jahren Haft während eines Hafturlaubs eine Bank in Adliswil. Er schießt auf einen Bankangestellten, der hinter Panzerglas sitzt. Auf der Flucht zielt er mehrmals auf die Polizei.

Das «Ausbrecherkönigspaar»

Er bekommt neun Jahre Haft und wird verwahrt. Zwei Jahre später, 1992, darf er an einem Berglauf teilnehmen. Als er das Ziel passiert hat, rennt er einfach weiter. Erneut schießt er auf der Flucht auf Polizisten und nimmt eine Familie als Geisel. Er bekommt weitere fünf Jahre und wird ein zweites Mal verwahrt. In der halboffenen Anstalt Realta (GR) gelingt ihm über einen vier Meter hohen Schneeberg erneut die Flucht. In dieser Phase trifft Hugo Portmann auf Walter Stürm, den anderen «Ausbrecherkönig». Stürm ist zu der Zeit im SP-Milieu wegen seines Kampfes gegen «Isolationshaft» längst ein «Star». Zusammen überfallen sie eine Bank. Dann nehmen sie eine junge Mutter und ihre kleinen Kinder als Geiseln, fesseln diese und lauern mit der total verängstigten Familie auf den Familienvater. Diesen wollen sie ebenfalls als Geisel nehmen und mit ihm den Einbruch in die Bank erzwingen.

«Hotels mit Sozialbetreuung»

Der Plan scheitert jedoch, und der von den Linken gefeierte Stürm erhängt sich bald im ausbruchsicheren Gefängnis Frauenfeld. Portmann kriegt weitere neun Jahre und eine dritte Verwahrung. Im Gegensatz zu Stürm wird Portmann aber nicht von der linken Kamarilla «adoptiert», denn dazu taugt er eindeutig nicht: Portmann lehnt die heute übliche Form des Strafvollzugs ab. Er nennt die Gefängnisse «Hotels mit Sozialbetreuung», in denen die Gefangenen dreimal pro Woche zum Sozialdienst rennen würden. Er sei auch nicht krank, eine Behandlung brauche er nicht. Und so bleibt Portmann die volle Länge im Gefängnis. Hier macht er eisern seine Liegestütze, ist diszipliniert und höflich – eine Ausnahmeerscheinung im Strafvollzug, der heute von Drogendealern, Psychopathen und Kriminaltouristen mit unaussprechlichen Namen bevölkert wird. Jeder Tag in Unfreiheit ist für ihn «ein verlorener Tag».

Am 16. Juli 2018 hat er insgesamt 35 Jahre Haft abgesessen und kommt frei. Portmann ist keine Linken-Ikone wie der sogenannte Ökoterrorist Marco Camenisch oder sein Ex-Kumpan Stürm. Zu einem Auftritt bei «TeleZüri» reicht es aber doch. «Freiheit kann man mit keinem Geld erkaufen, ich würde jede Arbeit machen, um in Freiheit zu bleiben», sagt der künftige Müllmann bei der Stadt Zürich. Und er warnt vor der Gefahr, dass Pädophile und andere kranke Gewalttäter mithilfe von Therapien aus dem Gefängnis in die Gesellschaft «hinausschleichen» würden, wo sie nichts zu suchen hätten, weil sie so krank seien. Kein Wunder, dass Portmann bei den Linken nicht beliebt ist. Deshalb könnte es manchmal nicht schaden, ihm zuzuhören.

Hermann Lei

Hartnäckig für Ihre Freiheit!

Rémy Wyssmann
in den Nationalrat

2x auf Ihre Liste

SVP
Die Partei des Mittelstandes

Leserbriefe

Eine Milliarde für die Kultur?

Weil elitäre Kulturangebote heute in hohem Mass von der öffentlichen Hand subventioniert werden, obwohl sie nur ein kleiner Teil der Bevölkerung nutzt, ist die Frage berechtigt: Sollte hier nicht ein grösserer Teil der Aufwendungen von den Nutzniessern oder Sponsoren bezahlt werden? Das Gleiche gilt auch für die Aufwendungen für den Passivsport.

Alex Schneider, Küttigen

Bedrohte christlich-abendländische Kultur

Der «Nachruf» für den begnadeten und geistreichen Satiriker Andreas Thiel («Schweizerzeit» Nr. 8) führt uns ein zum Schweigen verurteiltes Einzelschicksal eindrücklich vor Augen. Was Thiel widerfahren ist, kann in Zukunft jeden von uns treffen. Die beängstigende Tatsache einer schleichenden Machtübernahme durch den Islam – und das gleichzeitige Zurückdrängen unserer christlich-abendländischen Kultur, die untrennbar mit der Gedanken- und Redefreiheit verbunden ist – ist erschütternd. Dieser Prozess verläuft unter dem Radar des öffentlichen Bewusstseins in fein

kalibrierter Präzision und wird von namhaften Persönlichkeiten der rot-grünen Einheitsfront sowie von den Mainstream-Medien in der Schweiz tatkräftig unterstützt. Dass eine begabte Persönlichkeit auf Grund von Drohungen gegen ihn und seine Familie seine berufliche Existenz aufgeben muss, gibt einem mit der abendländischen Kultur verwurzelten Menschen sehr zu denken. Quo vadis Schweiz? Quo vadis Europa? Andreas Thiels Schicksal erinnert an die ehemals in den Niederlanden wohnende Hirsi Ali, ursprünglich Somalierin. Sie musste, nachdem sie auf gewisse Eigenschaften des Islams hingewiesen hatte, wegen Drohungen in die USA flüchten. Die beiden Schicksale sind sehr ernst zu nehmende Zeichen einer geistigen Veränderung in unserem noch mehrheitlich christlichen Abendland. Die sinkende Sonne des freien Geistes der Aufklärung wird schliesslich in der ewigen Nacht einer uns auferlegten «Kultur» des Zwangsdenkens verschwinden.

Caspar Rutz-Rüegg, Winterthur

In die nächste Geländekammer blicken

Oberstleutnant Hans Fehr macht sich in der «Schweizerzeit» Nr. 10 zum Fürsprecher von grösseren Rüstungsvorhaben. Dazu einige kritische Gedanken: Das VBS ist während über 20 Jahren unter der Führung von SVP-Bundesräten gestanden. Was ist geschehen? Hunderte von Millionen wurden für das FIS (Führungs- und Informationssystem) in den Sand gesetzt, der Gripen ist abgestürzt und die Duro-«Kampfwertsteigerung» hat 500 Millionen gekostet. Nachdem nun die SVP den Kampfjet-Plan von Frau Amherd angreift, läuft sie Gefahr, erneut zu verlieren, weil sie nicht zur Kenntnis nehmen will, dass das Volk andere Sicherheitsbedürfnisse hat. Nämlich sichere Renten, eine solide Gesundheits- und Bildungspolitik, zahlbare Mieten und eine gesunde Umwelt. Wer soll uns denn mit Panzern, Artillerie und Luftstreitkräften angreifen – und warum? Es gilt die Bedrohungen der Zukunft zu analysieren.

Roger E. Schärer, Oberst a D, Trin Mulin

Anm. der Red.: Herr Schärer sieht die Sache wohl etwas vereinfacht. Samuel Schmid wurde bekanntlich gegen den Willen der SVP Bundesrat.

«Franz W. zieht ins Altersheim»

Der Text (in Charly Pichlers Kolumne, «Schweizerzeit» Nr. 10) könnte aus der Bibel (Prediger 6) stammen, wo Gott jemandem Reichtum und Ehre verleiht, sodass ihm nichts fehlt von allem, wonach er Verlangen trägt. Aber Gott gestattet ihm nicht, es zu geniessen – sondern ein Fremder profitiert davon. Offenbar leben auch wir noch in alttestamentlichen Zeiten, den unsere Behörden (Finanzamt, Kesb und andere) setzen den biblischen Auftrag noch heute um! Die Begriffe «Vernunft und Mitmenschlichkeit» werden ausgeklammert – und die lachenden Dritten sind die Profiteure unseres Systems. Wer schafft hier Abhilfe? Werden wir Schweizer einfach «entsorgt»?

Wigand Beetschen, Muttenz



Die bösen Buben aus dem Aargau

Ich berichte natürlich nicht von den heutigen Aargauern. Die sind bestimmt nicht böser oder netter als alle anderen Schweizer. Mein

Blick geht zurück ins dreizehnte/vierzehnte Jahrhundert. Da wollten doch die machthungrigen Habsburger mit Sitz im Aargau den Innerschweizern partout keine Freiheit und Unabhängigkeit zugestehen. Erst als die stolzen Habsburgerheere von den Eidgenossen zerschlagen worden waren, haben sie sich eines Besseren besonnen. So wurden denn auch die bösen Buben aus dem Aargau gute Eidgenossen.

Doch die Geister (sprich Ideologien) der damaligen Herrscher existieren noch. Sie nennen sich heute nicht mehr Habsburger; sie haben ihren Namen geändert und ihr «Schloss» nach Brüssel verlegt. Ihr Macht-Ziel aber ist noch dasselbe wie in alten Zeiten: Die Schweiz soll politisch dorthin, wo sie vor dieser Epoche schon einmal war: Schluss mit Freiheit, direkter Demokratie und Unabhängigkeit. Unterordnet euch unseren (Rahmen-) Bedingungen und Gesetzen! Wenn ihr euch nicht beugt, sanktionieren wir euch! Dann ist fertig lustig mit Wohlstand.

Haben nicht auch schon unsere drei Eidgenossen dieselben Worte gehört? Da frage ich mich: Was ist wichtiger, Wohlstand oder Freiheit? – Die drei haben damals richtig entschieden.

Peter Schnyder, Ennenda

Es war Platon ...



...der den Aphorismus prägte: «Diejenigen, die zu klug sind, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die oftmals zu dumm sind, um zu wissen was sie tun.»

Einer, der weiss was er tut, ist Nationalrat Alois Gmür, CVP/SZ. In einem Akt schlimmer Vorahnung fragte er den Bundesrat per Vorstoss an, ob es richtig sei, sicherheitsrelevante Drucksachen statt hier im Lande im osteuropäischen Ausland fertigen zu lassen. Berechtigte Sorge, wie sich erwies. Zum Geschehen: Die Schweiz benötigt Hochsicherheitsaufkleber für Visa, die in den Pass von Ausländern geklebt werden, was diese zur Einreise ins Land respektive in den Schengenraum autorisiert.

Sind die Visa aber nicht fälschungssicher, kann damit jedermann, auch ein Terrorist, unsere Grenze von aussen nach innen passieren. Jahrelang hatte die Schweizer Unternehmung «Orell Füssli» die Kleber drucken dürfen, bis jemand beim Bund auf die gloriose Idee kam, der Schweizer Traditionsfirma – die ums Überleben kämpft

und jeden Einnahmefranken bitter nötig hat – den Auftrag zu entziehen, um ihn neu nach Litauen zu vergeben.

Der Clou: Das vom Bund beauftragte Litauer Druckunternehmen Garsu Pausalis war da bereits international längst als hochkorrupt bekannt, indem es Schmiergelder zahlte und Pässe fälschte. Dies war den zwei Schweizer Bundesämtern, die den Druckauftrag an dieses Unternehmen vergaben, zu dem Zeitpunkt bestens bekannt. Die Namen der Ämter: Bundesamt für Migration (SEM) und Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) in Bern.

Beide Bundesämter, die den Druckauftrag blindlings vergaben, scherte dies nicht. Ihre dürftigen Erklärungsversuche sind lächerlich: Man habe sich am Preis orientiert, und das günstigste Angebot stamme eben aus Litauen. Also eine Auftragsvergabe nach dem Motto: Ausländische Dumpingpreise vor Schweizer Sicherheitsinteressen! Man sei generell bei Auftragsvergaben «nach allen Seiten offen», hiess es zudem. Aha! Die deprimierende Erkenntnis: Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



Ständeratskandidat



Roger Köppel spricht
in allen 162 Gemeinden
des Kantons Zürich!
Wann & Wo auf
www.rogerkoepfel.ch

Roger Köppel spricht

**Säntisblick
Frühschoppen**
in **Marthalen**
am Sonntag, 16. Juni 2019, 10.30 Uhr
Hofbeiz im Nägeli, Familie Wipf
im Nägeli 2, 8460 Marthalen
Bezirk Andelfingen

*Verschiedene Köstlichkeiten und musikalische
Umrahmung mit der Grenzland-Musig Bälach*

Thema: **Stopp der Plünderung des Mittelstandes**

- Kein EU-Unterwerfungsvertrag
- Rot-grüne Klimadiktatur. Nein danke!
- Masslose Zuwanderung stoppen

Jedermann ist herzlich eingeladen.
Mit Diskussion: Sie können alles fragen.

www.rogerkoepfel.ch

Frei und sicher.



Ihr Partner bei FIRMENGRÜNDUNG

Wir beraten Sie gerne und zeigen Ihnen
die betrieblichen und steuerrechtlichen
Vor- und Nachteile der einzelnen Gesell-
schaftsformen (Aktiengesellschaft, GmbH
oder Einzelfirma)

- Buchhaltungen
- Steuerberatung
- Jahresabschlüsse
- Revisionen
- Personaladministration
- Vermögensverwaltung
- Unternehmensberatung
- Gesellschaftsgründungen



FIDURA TREUHAND AG
Gotthardstrasse 20, CH-6300 Zug
Tel. +41 41 711 79 32, www.fidura.ch

Geschäftsleitung:
Dr. Hans Durrer, Verwaltungsrat
Roland Arnold, Eidg. dipl. Treuhandexperte

EU-Rahmenabkommen: Das Ende des bilateralen Weges

Obligatorisches Referendum!

von Nationalrat Gregor Rutz, Mitglied der Staatspolitischen Kommission, Zürich

Das geplante Institutionelle Abkommen (InstA) Schweiz-EU hätte die gleichen Auswirkungen, als würde die Schweiz einer supranationalen Gemeinschaft beitreten. Die demokratischen Mitspracherechte hätten bestenfalls noch einen Placebo-Effekt. Zudem würde die Bundesverfassung unterlaufen. Darum muss das Abkommen dem obligatorischen Referendum unterstellt werden. Zu diesen brisanten Schlüssen kommt ein neues staatsrechtliches Gutachten.



Seit Monaten erzählen Verwaltung und Bundesrat, mit einem institutionellen Rahmenabkommen wolle man den bilateralen Weg «konsolidieren» und «dessen Weiterentwicklung ermöglichen». Richtig ist das Gegenteil: Das Rahmenabkommen wäre keine Weiterentwicklung, sondern das Ende des bilateralen Weges.

Abkommen unterläuft die Bundesverfassung

Ein Rahmenabkommen würde die schweizerische Rechtsordnung grossflächig an europäische Prinzipien anpassen, welche unseren Rechtsgrundsätzen widersprechen. Besonders gefährlich ist die «dynamische Aktualisierung» – die Verpflichtung, Weiterentwicklungen des europäischen Rechts zu übernehmen. Dies würde tiefe Einschnitte in unsere Rechts- und Verfassungsordnung mit sich bringen. Ein neues Gutachten von Staatsrechtsprofessor Andreas Glaser zeigt dies auf.

Die Pflicht zur dynamischen Rechtsübernahme bedeutet: Die EU beschliesst Regelungen, welche die Schweiz übernehmen muss. Wir können zwar mitdiskutieren, haben aber kein Mitentscheidungs- und auch kein Vetorecht. Die Behauptung, die Schweiz könne frei entscheiden, ob sie die entsprechenden Änderungen übernehmen möchte oder nicht, ist falsch. Das erwähnte Gutachten der Universität Zürich schafft hier Klarheit: «Die im InstA vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen untermauern jedoch die Übernahmepflicht auf derart effektive Weise, dass auf Parlament und Stimmberechtigten stets latenter Druck lastet, die Neuerung zu akzeptieren.» Im Klartext: Die direktdemokratischen Abläufe und die Mitspracherechte von Volk und Kantonen würden faktisch ausgeschaltet.

Direkte Demokratie wird ausgeschaltet

Ein Rahmenabkommen würde die Bundesverfassung quasi überlagern. Drastische Einschränkungen für Kantone und Gemeinde wären die Folge: Was vom Rahmenabkommen erfasst ist, muss auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene nachvollzogen werden. Dies würde unsere ganze Verfassungsordnung durcheinander bringen. Denn heute ist ein obligatorisches Referendum zwingend vorgeschrieben, wenn kantonale Kompetenzen auf den Bund übertragen werden sollen. Mit dem Rahmenabkommen aber würden stillschweigend Kompetenzen auf eine höhere (europäische)

Ebene verlagert, ohne dass es hierfür eine Abstimmung gibt. Ist europäisches Recht betroffen, entscheidet im Streitfall der Europäische Gerichtshof. So würde die föderalistische Kompetenzaufteilung der Eidgenossenschaft – eines unserer zentralen Verfassungsprinzipien – ausgehebelt.

Fertig mit Föderalismus

Auch die Steuerpolitik würde direkt durch Brüssel beeinflusst. Die Vorgeschichte zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (Abstimmung vom 19. Mai) spricht Bände. Diese Vorlage gab es nur, weil aus EU-Kreisen Kritik an der Holding-Besteuerung des Kantons Zug kam: Eine vorteilhafte Besteuerung gewisser Gesellschaften verstosse gegen das Verbot staatlicher Beihilfen – eine absurde Argumentation. Die Steuerpolitik war in der Schweiz immer kantonale Kompetenz. Ein Rahmenabkommen würde diese kantonalen Zuständigkeiten beenden.

Auch die Staatsgarantie für Kantonalkassen würde wohl unter das Verbot staatlicher Beihilfen fallen. Sogar die öffentliche Wohnbauförderung könnte von der EU als unzulässige Beihilfe klassifiziert werden – und viele weitere Bereiche könnten von der EU-Praxis punkto Beihilfen betroffen sein: Elektrizitäts- und Wasserversorgung, kantonale Gebäudeversicherer, Landwirtschaft, Kultur, Sportförderung, Service Public, öffentliche Spitäler, Standortförderung, Wirtschaftsförderung, Tourismus und öffentlicher Verkehr.

Fazit: Die Schweiz darf ein solches Rahmenabkommen niemals unterzeichnen, wenn sie frei und unabhängig bleiben will. Wenn der Bundesrat das InstA trotz allem zur Abstimmung bringen will, ist ein obligatorisches Referendum zwingend. Über solch elementare Fragen müssen Volk und Stände entscheiden können.

Gregor Rutz

Wichtiges Gutachten von Prof. Dr. Andreas Glaser

Prof. Dr. Andreas Glaser, h. f. Bundesbern möchte das Rahmenabkommen nur dem fakultativen Referendum unterstellen. Um diese Frage aus staatsrechtlicher Sicht zu klären, liess Nationalrat Gregor Rutz zusammen mit Andreas Honnegger (alt Kantonsrat FDP) und Professor Martin Janssen ein Gutachten erstellen. Mit Andreas Glaser konnten sie einen profilierten Professor für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht an der Universität Zürich gewinnen. Überdies leitet er das Zentrum für Demokratie in Aarau. Die Studie kann bei der «Schweizerzeit»-Redaktion bestellt oder auf www.gregor-rutz.ch abgerufen werden.

Die Umwelt-Bürokraten und das Fisch-Massaker

Die Karpfen von Ellikon

Ellikon: Idyllischer Weiler am Rhein, oberhalb der Thur-Mündung gelegen, zur zürcherischen Gemeinde Marthalen gehörend, Schauplatz eines Dramas um Karpfen.

Die Thur ist ein Fluss, welcher, sobald sich über dem Toggenburg schwere Gewitter entladen, innert Stunden Hochwasser führen kann. Ein- bis zweimal pro Jahr tritt sie dabei im Unterlauf über ihre Ufer. Die dortigen Gemeinden haben das Geschehen im Griff. Die Frühwarnung – vier bis sechs Stunden vor Hochwassereintritt – funktioniert zuverlässig. Zwischenfälle sind sehr selten. Sie können dann eintreten, wenn auch der Rhein (bei überfülltem Bodensee) mächtig daherkommt.

Im Dreieck zwischen Thur-Unterlauf und Rhein befindet sich bei Ellikon das Ellikerfeld. Führt die Thur Hochwasser, dann steht das Ellikerfeld bald unter Wasser – ein ruhiger, wenig tiefer See bildet sich. Und rasch finden sich in diesem See manchmal in bemerkenswert grosser Zahl Karpfen ein. Sie lieben offensichtlich das ruhige Wasser in diesem «See auf Zeit».

Unter Wasser steht das Ellikerfeld jedoch nur wenige Tage. Das Wasser fliesst wieder ab. Was geschieht dabei mit den Karpfen? Die Elliker hatten für sie während Jahren umsichtig gesorgt: Gräben wurden angelegt und unterhalten, durch welche die Karpfen mit dem ablaufenden Wasser den Weg zurück in Rhein und Thur fanden. So geschah es während Jahrzehnten.

Seit einigen Jahren ist das Gebiet beidseits des Thur-Unterlaufs indessen «geschützter Auenwald». Schreibtisch-Umweltschützer aus Zürich haben dort jetzt das Sagen. Was die in Ellikon, Marthalen und Flaach lebenden Menschen – seit Generationen mit Thur-Überschwemmungen vertraut – meinen und wissen, das interessiert Profi-Umweltfunktionäre grundsätzlich nicht. Sie wissen's besser.

Im Mai 2019 kam es erstmals seit Monaten wieder zu einer Überflutung. Und alsbald tummelten sich unzählige Karpfen – teilweise bis zu achtzig Zentimeter lang – im idyllischen See über dem Ellikerfeld.

Bald aber ging der Wasserstand zurück. Und dann zeigte sich: Von den jahrelang gepflegten Gräben, die den Fischen bei Hochwasser-Rückgang den Rückzug in Thur und Rhein gesichert hatten, haben die Schreibtisch-Umweltbürokraten nie Notiz genommen. So kam es, dass die Fische, als das Wasser abfloss, den

Rückweg in ständige Gewässer nicht finden konnten; es gab ihn gar nicht mehr.

Der See verlor an Tiefe, löste sich auf in zusehends sich verkleinernde Teiche und Tümpel. Die Fische gerieten, je enger sie sich eingepfercht fühlten, in Panik. Wildes Umherschliessen wurde sichtbar.

Aber nicht nur Menschen wurden auf die Not der gefangenen Karpfen aufmerksam. Auch Raubvögel, von welchen es in jenem Gebiet nicht wenige gibt, erkannten die nervöse Hilflosigkeit dieser Fische – und erwählten sie zu ihren Opfern. Es kam stellenweise zu einem eigentlichen Fischmassaker. Viele weitere Fische verendeten elendiglich auf dem Trockenen.

Selbstverständlich wurde zu Zürich bei der Fischaufsichts-Bürokratie Alarm geschlagen. Diese gab sich völlig perplex: «Die Situation ist neu und unerwartet», mussten sie zugeben. Versuche, Fischer aufzubieten, die den Karpfen wenigstens einen leichteren Tod garantiert hätten, kamen viel zu spät.

In ihrer Betroffenheit ob dem Tatsache gewordenen Massensterben sicherten die Bürokraten zu Zürich immerhin eiligst zu: Man werde «die Situation weiter beobachten». Und man werde, «falls sich eine Möglichkeit dazu bietet, handeln». Überdies werde man eine «Fachkommission» ins Leben rufen. Zwecks genauen Studiums des Problems.

Eigentlich könnten die Umweltbürokraten, statt eine teure Expertenkommission einzusetzen, auch einmal das Gespräch mit den Anwohnern des Ellikerfeldes suchen. Sie würden damit beweisen, dass sie am Wohlergehen der Fische mehr interessiert sind als an weiterem Auswuchern der von Experten durchsetzten Bürokratie.

us

Akzent

Ausführung von sämtlichen Zimmerarbeiten



BURGHERR MOOSERSÄGE AG
HOLZBAU + HOLZHANDEL
6260 HINTERMOOS

Tel 062 758 12 09 Fax 062 758 30 16
www.burgherrag.ch info@burgherrag.ch



Thomas Burgherr
2 Mal auf jede Liste



Nicht nur für Holzbauarbeiten eine gute Wahl. Auch für den Nationalrat!



Europawahlen / Schweizer Wahlen

Wer grün wählt, bekommt dunkelrote Ideen von vorgestern




Reiten die Grünen derzeit in Europa tatsächlich auf einer Erfolgswelle? Schaut man die Resultate der Europawahlen genauer an, so stellt man fest, dass diese Welle höchstens in Westdeutschland spürbar ist. Im Osten des Landes ist namentlich die AfD erstarkt, nicht etwa die Grünen. Auch in anderen Ländern haben die Grünen

nicht reüssieren können. Teilweise haben sie, wie in Schweden, massiv verloren – trotz dem Greta-Hype. In der Schweiz sagen die Umfragen den Grünen für den Herbst 2019 einen Erfolg voraus. Die vergangenen kantonalen Wahlen, mit Ausnahme des Kantons Tessin, würden diesen Trend eigentlich bestätigen. Ob es dann auch tatsächlich so kommt, wird sich zeigen. Sicher ist, dass die mit Staatsgeldern subventionierten Medien derzeit alles tun, damit die Grünen möglichst gut wegkommen. Keine Verbot, keine verordnete Einschränkung ist absurd genug, um nicht in den Medien auf Widerhall zu stossen.

Gerade in den städtischen Gebieten zeigt sich das eindrücklich. Mit Verweis auf den dort durch einige Parlamente ausgerufenen «Klima-Notstand» sind sich die Grünen nicht zu schade, ihr tiefrotes Parteiprogramm herunterzubeten. Neben dem altbekannten Plastik- und Fleischverbot stehen nun auch CO₂-Steuern oder Feuerwerksverbote zur Diskussion.

Diese Vorstösse und Ideen belegen vor allem eines: Wirklich ums Klima geht es den Grünen nicht. Mit viel ideologischem Irrsinn werden altbekannte Ideen aus der grünen Mottenkiste hervorgeholt. Dass die einzelnen Massnahmen dabei den Bürger bevormunden und in Bezug auf Klimaschutz kaum Wirkung erzielen, ist den Birkenstock-Ideologen egal. Statt in Fortschritt, Technik



EU-Parlamentarier: Schlafen für 12'000 Euro pro Monat



Wenn sie schlafen, richten sie wenigstens keinen Schaden an.

und Innovation zu investieren, soll der Mittelstand mit Verboten und Abgaben belastet und besteuert werden. Die Wirkung der Massnahmen bleibt zweitrangig, das eigene rote Parteiprogramm steht im Vordergrund.

Jüngstes Beispiel aus Bremen: Statt eine fortschrittliche Koalition mit CDU und FDP gehen die Grünen eine Verbindung mit der Wahlverliererin SPD und der Linkspartei, der Nachfolgerin der SED, ein. Fortschrittlicher und innovativer Klimaschutz und Respekt vor dem Wählerwillen sind unwichtig. Es bleibt zu hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler bis im Herbst noch erwachen.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt



Einladung zu Generalversammlung und Referat



Dienstag, 2. Juli 2019, Beginn der Generalversammlung: 19.00 Uhr
 MZH Stiftung zum Glockenhaus (neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstr. 33, 8001 Zürich
 Sympathisanten und Interessierte sind an der Generalversammlung des Bundes der Steuerzahler herzlich willkommen. Im Anschluss laden wir Sie zu einem Apéro ein.
 Um **20.15 Uhr** beginnt im Rahmen eines **öffentlichen Anlasses** unser diesjähriges Referat:

«So viele Milliarden kosten die rot-grünen Phantasien den Steuerzahler»

Nationalrat Alfred Heer, Präsident Bund der Steuerzahler



Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch

Bitte senden Sie mir Informationen über den BDS zu.

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Ort

Telefon

Datum, Unterschrift

Talon senden an: BDS Schweiz, Genera-Wille-Str. 12, 8002 Zürich

Analyse der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 (Teil 1)

Entwarnung fehl am Platz

von Anian Liebrand, ehem. Präsident Junge SVP Schweiz

Die Gesamtzahl der verzeigten Straftaten gegen das Strafgesetzbuch ist gegenüber dem Vorjahr erneut zurückgegangen – so eine der Hauptaussagen der jüngst veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik 2018. Ist die Schweiz also – dem persönlichen Empfinden so mancher Bewohner zum Trotz – ein seelenruhiger Hafen der Glückseligen?



Dem ist leider nicht so. Zweifellos ist die Schweiz im internationalen Vergleich noch immer ein relativ sicheres Land. Doch wie fast immer, wenn der Bund seine oft nicht auf den ersten Blick verständlichen Statistiken veröffentlicht, liegt die Wahrheit auch hier im Detail. Sie zu finden und in den richtigen Kontext einzuordnen, erfordert vertiefte Recherche.

Dabei ist jener Grundsatz besonders zu beachten, den die Autoren der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) einleitend hervorheben: «Die PKS verzeichnet nur die bekannt gewordene Kriminalität – das sogenannte Hellfeld. Zur Dunkelziffer – die der Polizei nicht bekannte Kriminalität – enthält die PKS keine statistischen Daten. Somit spiegelt die PKS nicht das tatsächliche Kriminalitätsvorkommen ab, sondern die von der Polizei aufgezeichnete Kriminalität.»

Weniger Einbrüche – tiefe Aufklärungsquote

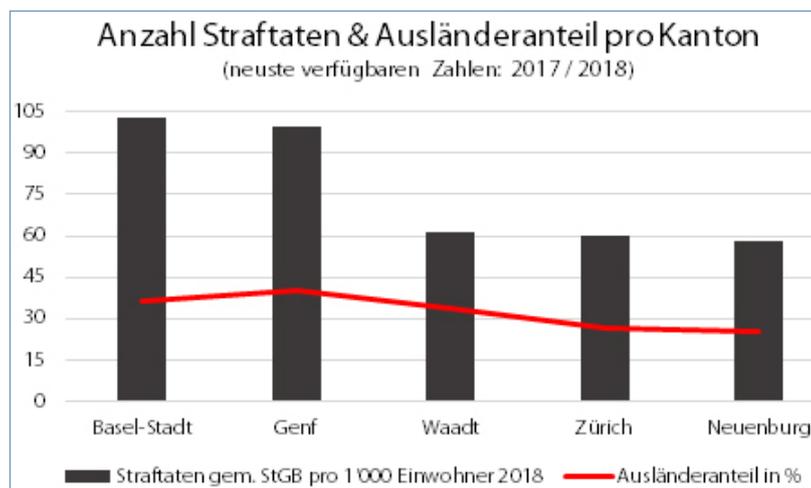
Stark hervorgehoben wird, dass es auch 2018 erneut weniger Diebstähle gegeben habe (-7,9 Prozent gegenüber 2017). So sind im vergangenen Jahr 112'000 Diebstähle registriert worden. Die meisten betreffen Einbruch- und Einschleichen Diebstähle sowie Taschen- respektive Entreissdiebstähle. Hier nicht eingerechnet sind Fahrrad- und Motorfahrzeugdiebstähle mit 41'796 erfassten Straftaten – davon betreffen 88

Prozent Fahrräder und E-Bikes. Bei jährlich alleine 38'871 Einbruch- und Einschleichen Diebstählen waren das 106 pro Tag – und pro Stunde sind das noch immer mehr als vier Einbrüche. Am häufigsten betroffen waren Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser.

Was in dieser Statistik nicht ausgeführt wird, ist der Umstand, dass womöglich viele Einbrüche angesichts der tiefen Aufklärungsquote und der Versicherungs-Selbstbehalte gar nicht zur Anzeige gebracht worden sind – und deshalb auch nicht in der Statistik landen. Die Aufklärungsquote bei den polizeilich registrierten Einbruchdiebstählen war dabei erneut sehr tief. Sie betrug im Jahr 2018 gerade einmal 16,3 Prozent. Bei Fahrzeugdiebstählen betrug sie gar nur 4,2 Prozent, bei Taschendiebstählen 4,6 Prozent.

Grenz- und Ausländerkriminalität

Auffällig ist zudem, dass die prozentual meisten Straftaten (Verstösse gegen das StGB) in den Grenzkantonen Basel-Stadt, Genf, Waadt, Zürich und Neuenburg verzeichnet wurden. In Basel-Stadt wurden pro 1'000 Einwohner 103 Straftaten erfasst – in Genf waren es 99, im Waadtland 61, in Zürich 60 und in Neuenburg 58. Zum Vergleich: Am wenigsten Straftaten pro Kopf wurden in der Zentralschweiz, Glarus und den beiden Appenzell begangen. Lässt diese ungleiche Verteilung insbesondere auf erhöhte Grenzkriminalität infolge eines zu laschen Grenzschutzes schliessen? Leider liefert die Statistik dazu keine näheren Erhebungen. Da liegt es wohl an den Parlamentariern, genaue Auskünfte zu verlangen.



Eine Analogie des Ausländeranteils zur Anzahl Straftaten in einem Kanton lässt sich dagegen klar nachweisen. Nur die Kantone Schaffhausen, Tessin und Zug haben einen höheren Ausländeranteil als die fünf Kantone mit den meisten Straftaten pro 1'000 Einwohner. Generell zeigt sich, dass Ausländer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung 2018 weiterhin überproportional oft Straftaten begehen. Bei einem Ausländeranteil von rund 25 Prozent waren bei Straftaten nach StGB 52 Prozent der Beschuldigten Ausländer. Bei Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz machten Ausländer 44 Prozent aus.

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2018
(Aufbereitung: «Schweizerzeit»)

Anian Liebrand

(2. Teil in der nächsten «Schweizerzeit»)

Das aktuelle Interview von Charly Pichler mit Christoph Blocher

«Ich bekämpfe den Freiheitsverlust, nicht die EU»

Klare Haltung, klare Worte und jede Menge politische Kompetenz. Im Interview mit der «Schweizerzeit» spricht der ehemalige Bundesrat, Exportunternehmer und SVP-Übervater in Personalunion, Dr. Christoph Blocher, unmissverständlich aus, was nützt, um als kleines Land gegen den übermächtigen EU-Moloch zu bestehen und Freiheit, Selbständigkeit und Eigenbestimmung zu bewahren.



Herr Dr. Blocher, Sie gelten als einer der entschiedens-ten Verfechter einer politischen Doktrin, die das EU-Rahmenabkommen nahezu vollständig ablehnt. Welches sind die wichtigsten Hauptgründe Ihrer politisch indoktrinierten Verweigerungshaltung?

Ihre Frage ebnet vielen Missverständnissen den Weg. Darum folgende Korrektur: Ich lehne keineswegs sämtliche Abkommen mit der EU ab, wohl aber sind Verträge, die das Selbstbestimmungsrecht der Schweizer über ihr Staatsgebiet missachten, abzulehnen. Kein fremder Gesetzgeber – keine fremden Richter, wie die Schweiz dies seit mehr als 700 Jahren verteidigt, ist zu fordern. Es wäre der Untergang der Schweiz, wenn wir nicht mehr selbst die Zukunft bestimmen dürften. Aber nicht nur die Unabhängigkeit ginge verloren, sondern auch die direkte Demokratie, die Neutralität und

der Föderalismus. Solche Rechtsgüter sind wir nicht bereit aufzugeben, nur weil die Manager von Grossunternehmen der EU-Kommission gefallen möchten.

Wie argumentiert die Gegenpartei in Person der wohl zahlreichen schweizerischen Befürworter?

Sie berufen sich auf das Bedürfnis von Offenheit, reden von «Integration in den EU-Binnenmarkt», von bilateralen Verträgen, etc. Konkret glauben sie, dieser Rahmenvertrag sei nötig, um die den EU-Markt zu beleben. Das Ganze wird überschätzt. Kommt dazu, dass ein solcher Rahmenvertrag in die EU führt, was viele – schon aus pekuniären Gründen – möchten. Wer dies gutheisst, weiss nicht, worauf er sich einlässt und negiert sträflich die zu erwartenden Konsequenzen.

Bedeutete ein EU-Anschluss in der Tat zwangsläufig auch den Gewinn von Rechtssicherheit, wie Ihre Gegner dies monieren?

Die grösste Rechtssicherheit garantiert die Diktatur, aber es ist die Sicherheit eines verwerflichen Rechtes. Auch bei einer EU-Anbindung gibt es Rechts-Sicherheit: Die Sicherheit für das Recht der Knechtschaft. Wir aber wollen Freiheit und nicht Sicherheit durch fremde Herrscher. «Wir wollen frei sein, wie die Väter waren... und nicht in Knechtschaft leben», wie es Schiller den Schweizern in den Mund legt.

Aber kann es denn tatsächlich von Gutem für schweizerische Belange und Interessen sein, als Land im Herzen Europas bewusst abseits zu stehen, gleichwohl aber über merkantil-kommerzielle Zielsetzungen am EU-Marktgeschehen partizipieren zu wollen?

Wir stehen doch nicht abseits. Wo denn? Die Schweiz hat mit allen Ländern gute und freundschaftliche und enge wirtschaftliche Beziehungen, gerade mit den Europäern, wir haben zentrale Handelsabkommen. Nur eines wollen wir nicht: Unsere Entscheidungsfreiheit, unsere Souveränität und Selbstbestimmung versachern. Das sind keine Widersprüche. Das tun alle Länder der Welt. Was würden Sie sagen, wenn wir uns in den USA oder in China integrieren müssten, nur um einfach Geschäfte zu machen? Die einen glauben, nur Geschäfte machen zu können, wenn sie eingebunden sind. Die Schweizer machen Geschäfte, weil sie in



**«Schweizerzeit»-Special
Fr. 2499.00**

**A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax**
inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCoTex AG – 041 799 50 00

Freiheit und Selbständigkeit handeln und so innovativer sein können. Die Wirtschaftsdaten beweisen, dass die Schweizer dies können. Wirtschaftsverbände und internationale Grossunternehmen glauben, die Gleichmacherei führe zum Erfolg.

Sie selbst standen jedoch als multinationaler Export-Unternehmer mit Ihrer Ems-Chemie ja auch an vorderster Front beim Marktgeschehen innerhalb der EU-Grenzen. Wie passt da ein AUNS-geprägtes «Wir genügen uns selbst!» ins Bild und in die heutige Zeit?

AUNS heisst «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz». Unabhängigkeit und Neutralität sind doch keine Hindernisse für ein erfolgreiches schweizerisches internationales Exportunternehmen wie es EMS ist. Im Gegenteil: Unabhängigkeit und Neutralität sind die Voraussetzungen für ein schweizerisches Unternehmen. Ich kenne die Situation aus eigenem Erleben. Die Produkte unseres Unternehmens gingen zu über 90 Prozent in den Export und zu rund 50 Prozent davon in die EU. Dank den schweizerischen Rahmenbedingungen waren wir erfolgreich dank guter Produkte, aber die nationalen Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen sind Voraussetzung dafür. Die Selbstverantwortung ist nötig, um zu handeln, Fremdbestimmung ist Gift.

Sehen Sie im Bezug zur momentanen EU-Gesamtsituation gewisse Ähnlichkeiten oder Parallelen zum damaligen Geschehen um den EWR-Beitritt?

Absolut! Auch damals im 1992 bekittelten unsere eigenen grossen Wirtschaftsverbände unser EWR-Fernbleiben mit den fast gleichen Argumenten. Die Wirtschaft gehe unter, wenn sich die Schweiz nicht der EU unterwerfe, behaupteten sie. Die Schweiz unterwarf sich nicht. Die Wirtschaft ging nicht unter, sondern wurde erfolgreich. Wir EU-Gegner hofften damals, es käme gut heraus, wenn wir abseits stünden. Dass es aber so gut herauskam, daran glaubte keiner; auch ich nicht. Unsere EU-Verweigerung ist der richtige Schritt, wie auch die seinerzeitige EWR-Abstinenz sich als richtiger Schritt erwies. Wir stehen

«Das aktuelle Zitat»

«Wer einen Benziner oder Diesel fährt, kommt eines Tages in die Hölle, während auf die Nutzer von E-Autos ein Platz im Paradies wartet, auf dem sie kostenlos parken und ihre Batterien aufladen können, derweil ihnen die Engel Geschichten von Greta erzählen. Und so wie früher Ketzer, die nicht an ein Leben nach dem Tod glaubten, an den Pranger gestellt wurden, werden Unbelehrbare, die dem E-Hype nicht trauen, dafür verantwortlich gemacht, dass die Atemluft in den Städten immer schlechter wird.»

Henryk M. Broder, Autor und Kolumnist,
auf «Welt online», 6.4.2019



europaweit an der Spitze, ist das nicht Erfolg und Beweis genug und stützt es nicht eindrücklich unsere Thesen?

Ihren offiziellen Polit-Statements ist zu entnehmen, dass speziell die Unionsbürgerrichtlinien Ihre Kritik hervorrufen. Bitte erklären Sie Ihre Haltung zu diesem Kritikpunkt?

Die drohenden Unionsbürgerrichtlinien sind einer der Gründe. Warum? Das ist rasch aufgeklärt: Die Übernahme verpflichtet die Schweiz zu horrenden künftigen Zahlungen. Nur allein die Sozialleistungen an ausländische Bürger sprengen den Rahmen von Vernunft und wirtschaftlicher Tragfähigkeit. Im Prinzip unterscheiden sich diese Richtlinien kein bisschen vom klammheimlich angestrebten EU-Grundkonzept, das lautet: Die EU gibt den Ton an und die Schweiz tanzt...! Und zahlt und zahlt und zahlt...

Und bei solchem Konzert erklingen für Sie die Dissonanzen gar zu lautstark und disharmonisch?

Nicht nur für mich! Jeder mitdenkende Bürger kann mit Blick auf die aktuellen EU-Entwicklungen selbst leicht abschätzen, was ihn im Beitrittsfall erwartet. Ich nenne ein einziges Beispiel von vielen: Wäre das nicht enden wollende britische «Brexite-Desaster» ohne EU-oktroierte Personenfreizügigkeit zustande gekommen? Nein!

Vielleicht noch ein Wort zur Sozialgesetzgebung: Plant die EU uns zu schröpfen, indem sie ein Stimmrechtsverfahren anstrebt, das Ausländern ermöglicht, hier ihre Stimme abzugeben, im Einzelfall stets auf ihren Vorteil bedacht und zu Lasten unseres Budgets?

Ich unterstelle der EU keine veritable «Schröpfversuche», wohl aber besteht bei dem Gebilde das Bemühen, ihren Bürgern ein Stimmrecht auch in der Schweiz für schweizerische



Das Büro Ha deckt auf!



Jeder dritte Rentner wandert aus und bezieht die AHV-Rente im Ausland. Nicht eingeschlossen sind jene, welche den Wohnsitz in der Schweiz behalten und «bei der Tochter oder Nichte wohnen». Weil sie sich die Auslandsdeckung der Krankenkasse schlicht nicht leisten können. Insider berichten, dass es sich um weitere 10–15 Prozent handeln könnte. Damit gehen also rund 40 Prozent der Rentner ins Ausland. Denn mit der Rente können sie hier kein anständiges Leben führen. Es gilt: Für uns immer weniger, für «die andern» immer mehr.

*

Beschaffungstau für den 12cm-Mörser. Die RUAG teilt mit, dass «aufgrund von technischen Problemen» die Einführung um Jahre verzögert werde. Der Skandal setzt sich fort. Das Waffensystem entspricht nicht dem Pflichtenheft und nicht den Anforderungen an ein System auf dem Gefechtsfeld. Die Eigenentwicklung auf dem Piranha-Chassis ist eine Fehlbeschaffung sondergleichen. Das ursprünglich geprüfte System aus Finnland wäre ab Stange zu haben und ist einsatzbereit. Nachtrag: Die 2008 entsorgten Panzerminenwerfer und die Festungsminenwerfer wären heute noch einsatztauglich. Das Piranha-Chassis ist nicht ausgelegt für ein 12cm-Geschütz.

*

Skandal-Urteil. Vor 10 Jahren kam es zu einem Einsatz der Sondereinheit ARGUS der Kantonspolizei mit Waffeneinsatz. 10 Jahre wurde der Polizeioffizier durch die Gerichte hingehalten und in seiner persönlichen, beruflichen, mentalen Entwicklung und Verfassung behindert. Es ging nicht um den Waffeneinsatz, sondern um die Frage, ob der Einsatz und Zugriff grundsätzlich gerechtfertigt gewesen sei. Nun ist er in einem Revisionsurteil in 4. Instanz schikanös verurteilt worden. Berufssoldaten, Polizisten und Grenzwächter «geniessen» rechtlich nur Nachteile. Sie gelten als Bürger 2. Klasse. Erneut hat sich gezeigt, dass es überlebenswichtig ist, die richtigen Richter zu wählen. In Absurdistan gibt es keine Rechtssicherheit mehr.

Tis Hagmann

Fortsetzung von Seite 15

Belange zuzuschauen, was diese wiederum mit Begeisterung wahrnehmen und uns über diese Schiene tatsächlich schröpfen und die Eigenständigkeit wegnehmen könnten.

Grosse Schweizer Wirtschaftsunternehmen wie Economie-suisse, Arbeitgeberverband, Swissmem etc. machen sich stark für die Unterzeichnung des Rahmenvertrags mit der EU. Was treibt die Verbände zu solch dezidiert artikulierter Haltung?

Die direkte Demokratie und die Handlungsfreiheit im Lande sind deren Zielsetzung a priori nicht. Ihnen

geht es um das momentane, einfache Geschäftlimachen! Sie sehen den Markt, wägen ihre Chancen ab und steigen dort ein oder lehnen da ab, je nachdem, was ihren Intentionen eher dient. Dabei vergessen sie die Grundlagen des Geschäftes!

Klingt nicht gerade nach überbordendem Nationalismus oder gelebter Vaterlandsliebe?

Nein, klingt mehr nach übersteigert ungesundem Pragmatismus in Verfolgung explizit geschäftlicher und gewinnorientierter Interessen. Aber Hand aufs Herz: War von dieser Seite her viel mehr zu erwarten? Wohl kaum ...

Thematischer Kontrapunkt: Nationalräte der SP, CVP und FDP – Eric Nussbaumer, Kathy Riklin, Hans-Peter Portmann, Christa Markwalder – wollen Nachverhandlungen mit der EU nachgerade erzwingen. Nun soll nach Willen obgenannter <Aussenpolitiker> zuerst unterschrieben und dann erst unter der Ägide von Bundesrat Cassis nachverhandelt werden. Entsprechen solch macchiavellistisch anmutenden Winkelzüge tatsächlich gradlinigem schweizerischem Politikus?

Welcher Unsinn: Zuerst den Vertrag unterschreiben, um nachher über den Inhalt zu verhandeln? Da zäumt man das Pferd von hinten auf: Seit wann und bei welchem Vorgang einer Abmachung wird zuerst unterschrieben und dann erst der Themenstreitpunkt oder der Vertragspunkt festgesetzt? Das ist Idiotie pur. Die EU wird uns was husten, wenn wir in vorausseilendem Gehorsam nach bereits geleisteter Unterschrift neue Anpassungen einfordern wollten. Wir selber reagierten im umgekehrten Falle ja gewiss ebenso. Konklusion: Zuerst wird zu Ende verhandelt, dann erst unterschrieben.

In Bälde ändert sich in Brüssel die personelle Zusammensetzung. Die Positionen der EU-Führungsrige werden neu besetzt. Erwarteten Sie da im bereits heutigen Wissen um die Fähigkeiten der meisten EU-Protagonisten eine qualitative Aufstockung oder bleibt alles beim unschönen <Alten>?



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

Ich bin vorsichtig optimistisch. Wichtig ist nicht so sehr, wer auf der anderen Seite steht, sondern unsere eigene klare Haltung. Das würde verstanden! Von wem auch immer.

In Ausübung gezielter Provokationsintentionen fragen wir Sie, Herr Dr. Blocher: Halten Sie einen Politikskandal, wie er derzeit unser Nachbarland Österreich in den Grundfesten erschüttert, auch hierzulande für möglich?

Selbstverständlich könnte das auch anderswo passieren, wenn gleich sowas hier im Lande eher schwer vorstellbar ist. Das hat weniger mit unseren sogenannten besseren Überzeugungen zu tun, als vielmehr mit unserer Politstruktur. Diese lässt solches kaum zu. Die politischen Machtbefugnisse hierzulande sind anders positioniert als jene unserer österreichischen Nachbarparteien. Bei uns ist die Macht weniger zentralisiert. Doch im Grundsatz dürfte gelten: Wo es um viel Macht und noch mehr Geld geht, ist Missbrauch nie ganz auszuschliessen. Wachsamkeit ist des Bürgers erste Pflicht.

Wen sähen Sie am ehesten als Ihren Nachfolger auf der grossen politischen Bühne, die Sie fast schon seit Äonen sehr souverän beherrschen?

Nun ja, ich sehe mich nicht als der grosse «Zampano», der die politische Bühne dominiert, wohl aber als Schweizer Bürger, der sich nach besten Kräften für sein Land und dessen Wohlergehen einsetzt. Zu Ihrer Nachfolger-Frage: Wir leben in einer Demokratie, da gibt es keine politische Erbfolgeregelung, gottlob, einzig der Bürger entscheidet an der Wahlurne, wer den Thron besteigt oder verlässt (um es nach Ihren Worten zu artikulieren). Aber gute Leute stossen nach. In der EU-Problematik zum Beispiel Roger Köppel.

Was kann der im Besonderen?

Es zählt weniger, was er kann oder nicht kann, sondern wofür er einsteht und welche Charakteristika es sind, die ihn zur Umsetzung seiner Ziele auszeichnen und somit gleichzeitig für eine höhere Politplattform prädestinieren.



Hipsterbag
Turnsock

PATRIOT.SHOP

Postfach 71, 8192 Glattfelden, www.patriot.shop

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Gendergerechte Pause

Die Lehrpersonen sitzen immer vereint im Lehrpersonenzimmer. Die Schulpersonen aber schätzen die Freiheit auf den Pausenplätzen.

Also, was zeichnet ihn aus, was stellt ihn ins Rampenlicht politischer Ehrung?

Roger Köppel hat politischen Sachverstand, steht stets offen und ehrlich zu seinen Überzeugungen, scheut keinen politischen Gegner und verunglimpft auch keinen. Er beweist in seiner politischen Agitation jenen Mut, ohne den es in der Politik einfach nicht geht. Fazit: Köppel ist ein guter Mann, ein gescheiter Mann. Ergo: der richtige Mann!

Nikolas Coudenhove-Calergi, Politiker und Philosoph, prägte den Aphorismus: «Die Triebfeder der Politik ist meist Eitelkeit, Ehrgeiz, Machtwille; nur selten Habsucht und noch seltener der uneigennützig Wille, einer Idee oder Menschengruppe zu dienen.» Ist das Ihrer Erfahrung zufolge gar zu harsch definiert oder stimmen Sie in Teilbereichen zu?

Leider hat er Recht. Also muss man nach den wenigen suchen, die den «uneigennützig Willen haben, einer Idee oder Menschengruppe zu dienen». Ich bin überzeugt, dass es aufrechte, ehrliche Politiker gibt, die sich für ihr Land und dessen Wohlergehen uneigennützig aufopfern und die darum unseren Respekt verdienen. Die Menschen sind so unterschiedlich wie es die Facetten der Politik ebenso sind. Was schlecht ist, wird auch wieder untergehen.

Herr Dr. Blocher, wir danken Ihnen für das Interview.

Die Fragen stellte Charly Pichler.



Gesellschaft für ein freihetliches Waffenrecht
Société pour un droit libéral sur les armes
Società per un diritto liberale sulle armi

PROTELL

**Geeint sind wir stark.
Unis, nous sommes forts.
Uniti siamo forti.**

Jetzt Mitglied werden!
Inscrivez-vous maintenant!
Iscrivetevi subito!

www.protell.ch/jetzt
www.protell.ch/maintenant
www.protell.ch/subito

☎ 031 312 19 78

Carl Baudenbacher zum Schweizer EU-Komplott (II)

Der Bilaterale Weg wird zerstört

Professor Carl Baudenbacher, als Schweizer im Auftrag Liechtensteins jahrelang Vorsitzender des EFTA-Gerichtshofs, ist einer der schärfsten Kritiker am Rahmenvertrag Schweiz/EU.

Im Münster-Verlag in Basel ist kürzlich aus der Feder von Carl Baudenbacher das Buch mit dem Titel «Das Schweizer EU-Komplott» erschienen. Der Verlag erlaubt der «Schweizerzeit», in drei aufeinander folgenden Artikeln kurze Auszüge aus diesem Standardwerk der Rahmenvertrags-Kritik zu zitieren. Anbei Teil II.

Am 17. Mai wurde an dieser Stelle Klarheit geschaffen, dass der EU-Gerichtshof – also das Gericht der Gegenseite – endgültig und unwiderruflich entscheidet, wenn Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung bilateraler Verträge zwischen der Schweiz und der EU entstehen. Auch das Schiedsgericht, das der Bundesrat als Er-rungenschaft in den Vordergrund schiebt, ist zwingend an die Weisungen des EU-Gerichtshofs gebunden.

Der heutige Ausschnitt aus Baudenbachers Buch gibt Zeugnis davon ab, dass der Rahmenvertrag den Bilateralismus tötet. Wer – wie insbesondere Economiesuisse und Bundesbern – behauptet, der Rahmenvertrag erneuere oder zementiere den bilateralen Weg, der täuscht die Öffentlichkeit. Bilateralismus entsteht aus der Gleichwertigkeit von Verhandlungspartnern. Im Rahmenvertrag aber muss die Schweiz der EU zugestehen, in allen von Brüssel eigenmächtig als «binnenmarktrelevant»

bezeichneten Fragen die alleinige Entscheidungsgewalt zu besitzen, wobei die Schweiz das von Brüssel Beschlossene und Vorgegebene automatisch und widerspruchslos zu übernehmen hat.

Baudenbacher nimmt in seinem Buch Stellung zu Aussagen der Freiburger Professorin Astrid Epiney, einer glühenden Befürworterin des Rahmenvertrags. Baudenbacher wörtlich:

Bilateralismus

Epiney argumentiert, das Abkommen gewährleiste die Zukunftsfähigkeit des bilateralen Wegs und bringe Rechtssicherheit für die Schweiz. Dazu ist anzumerken, dass ein Verhältnis, in dem das Gericht der einen Seite alle wichtigen Entscheidungen trifft, den Namen des Bilateralismus nicht mehr verdient. Zutreffender sind dann Bezeichnungen wie Vasallisierung oder Hegemonialisierung oder Protektoratsvertrag. Der bilaterale Weg ist dann zu Ende, wenn dieses Rahmenabkommen in Kraft tritt. Dass sich die Schweiz bei der Streitentscheidung durchgesetzt habe, ist schlicht falsch. (S. 182)

Dieser klaren Aussage ist wahrhaftig nichts beizufügen. S.

Churz & Bündig

Der Uno-Migrationspakt masst sich an, jede Kritik an der Einwanderung als strafbare Hetze zu kriminalisieren. Und Medien dürften sich nur noch positiv zu Migrationsfragen äussern.

In der NZZ scheint dieser die Meinungsfreiheit unterdrückende Pakt eine eifrige Anhängerin gefunden zu haben. Nationalrat Andreas Glarner wird dort (6. Juni 2019) der «bösen Hetze» bezichtigt, weil er den Namen einer Lehrerin veröffentlicht hat, die Muslimen zum Bayram, zum Ende des Fastenbrechens, kompensationslos schulfrei gegeben hat.

Die NZZ, sekundiert von der Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP), verweist dabei auf «geltendes Gesetz». Sie unterschlägt indessen, dass die Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Islam (im Gegensatz zu den Christen und Juden) ausdrücklich nicht zur staatlich anerkannten Religion erklärt haben.

Aber eben: Auf Beschlüsse, die der Souverän gegen Masseneinwanderung und Islamismus eindeutig getroffen hat, glauben EU-devote Exekutivpolitiker und ihnen zudienende Medien pfeifen zu können.

us

??? Frage der Woche ???

Wie gross ist der Anteil der sich unter Asylrecht in der Schweiz aufhaltenden Ausländer, die von der Sozialhilfe leben?

A 65,4 Prozent B 78,8 Prozent C 90,4 Prozent

Zutreffende Antwort ankreuzen und Wettbewerbston ein-senden an «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach; Fax: 052 301 31 03; Mail: wettbewerb@schweizerzeit.ch

Letzter Einsendetermin: Freitag, 21. Juni 2019 (eintreffend)

Absender

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

E-Mail:

Einsender der richtigen Antwort nehmen an einer Verlosung teil. Die Gewinnerin/der Gewinner erhält eine Einladung an die nächste Tafelrunde der «Schweizerzeit» (Nachtessen für zwei Personen mit «Schweizerzeit»-Herausgeber Ulrich Schliyer).

Mit dem
Rahmenvertrag
 verlangt Brüssel von
 der Schweiz einen
Blankoscheck,
 zu dem die EU erst
 nach Unterzeichnung
 mitzuteilen bereit
 ist, wozu sich die
 Schweiz mit diesem
 Vertrag
verpflichtet
 hat.

EU-Rahmenvertrag:
 Behauptungen und Tatsachen



«Ü50-Arbeitslosigkeit»

Mit dem Rahmenvertrag tritt die Schweiz die Entscheidungsfreiheit über die Einwanderungspolitik vollumfänglich an Brüssel ab.

Das wird die Verdrängung älterer Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt spürbar beschleunigen und verstärken. Auf dass die Öffentlichkeit dies nicht sofort merkt, spricht Bundesbern konsequent von «Inländern» und «Inländervorrang», nie aber von «Schweizerinnen» und «Schweizern».

Gemäss Personenfreizügigkeitsvertrag muss die Schweiz jeden EU-Ausländer, der sich in der Schweiz um eine offene Stelle bewirbt, als «Inländer» behandeln – auch wenn er keinen Tag seines Lebens in der Schweiz verbracht hat. Jegliche Bevorzugung von Arbeitskräften aufgrund ihrer Nationalität verbietet der Personenfreizügigkeits-Vertrag. Schweizer zu bevorzugen: Das käme der strafbaren Diskriminierung von EU-Ausländern gleich.

Somit kann sich jeder EU-Ausländer in der Schweiz um jede offene Stelle (per Internet leicht ausfindig zu machen) bewerben. Offeriert er sich günstiger als der ältere Schweizer, dann muss seine Bewerbung vorgezogen werden. Alles andere wäre strafbare Diskriminierung. Der ältere Schweizer ist – schliesslich sind die Lebenskosten hier deutlich höher als im gesamten EU-Ausland – in diesem Konkurrenzkampf chancenlos.

Neuerdings will Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter Arbeitslosen ab 60. Altersjahr eine vom Bund zu bezahlende «Übergangsrente» ausrichten. Damit gibt sie den älteren Schweizern buchstäblich den Tritt in den Hintern. Ab sofort würden Konzern-Manager alle 58-jährigen Schweizer skrupellos entlassen und durch billigere EU-Ausländer ersetzen. Die Entlassenen – rechtfertigen sich die Manager – bekämen ja Arbeitslosenrente und, sobald sie sechzig sind, gleich hohe Übergangsrente. Also kann man sie getrost «zum alten Eisen werfen».

Dass alle EU-Ausländer, die kurz vor Erreichen des 58. Lebensjahres in die Schweiz kommen (um hier arbeitslos zu werden), die Übergangsrente auf Kosten hiesiger Steuerzahler ebenfalls ergattern können – darüber schweigt sich der Bundesrat bis heute aus.

Mit dem Rahmenvertrag hat die Schweiz zur Einwanderung nichts mehr zu sagen. Brüssel allein würde entscheiden. Der Volksentscheid gegen die Masseneinwanderung würde skrupellos annulliert.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 24)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Nach den erfolgreichen Gemeindewahlen 1994, bei denen wir die desolater Sicherheitslage im Grossraum Zürich – vor allem im Drogen-, Strafvollzugs- und Asylbereich – angeprangert und Verbesserungen gefordert haben, ziehen Christoph Blocher, Toni Bortoluzzi, Ernst Schibli, Emil Grabherr und ich im Mai 1994 an einer Pressekonferenz eine

Zwischenbilanz. Wir listen einleitend das «Sündenregister» der Linksparteien und der «Netten»/Pseudobürgerlichen auf: Sie sind mit einer falschen, täterfreundlichen Politik vorangegangen – oder sie haben die Missstände zumindest geduldet – und tragen dafür die Hauptverantwortung.

Die SVP hat erreicht, dass die öffentliche Sicherheit zum zentralen Thema geworden ist: Hafturlaube von gefährlichen Straftätern werden nun strenger

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIENEINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2019: nur Fr. 50.–

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Im Kanton Zürich herrscht damals – zuständig ist einmal mehr SP-Justizdirektor Moritz Leuenberger – ein skandalöser Gefängnisnotstand. Am 21. Juni 1994 erreicht dieser Skandal einen «Höhepunkt»: Bei einer Grossrazzia am «Letten» werden 161 Tatverdächtige bzw. Straftäter festgenommen, nur 32 können jedoch inhaftiert werden. 129 Personen, bei denen Haftgründe vorhanden sind, werden wegen fehlender Gefängnisplätze an Ort und Stelle wieder freigelassen. Verhaftete werden zum Teil sogar mit Polizeibussen in Waldgebiete am Rand der Stadt Zürich gefahren – und dort auf freien Fuss gesetzt. In der ersten Hälfte 1994 müssen in den Polizeigefängnissen an 80 von 168 Tagen wegen fehlender Gefängnisplätze Aufnahmebeschränkungen verfügt werden. Der Rechtsstaat gibt sich definitiv der Lächerlichkeit preis. Notrecht ist überfällig.

gehandhabt, zur Verstärkung der Polizeipräsenz wird eine zusätzliche Polizeiaspirantenklasse geführt, und der Bau zusätzlicher Gefängnisplätze macht Fortschritte. Im Weiteren haben Bundesrat und Parlament neuen Zwangsmassnahmen gegen Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung zugestimmt.

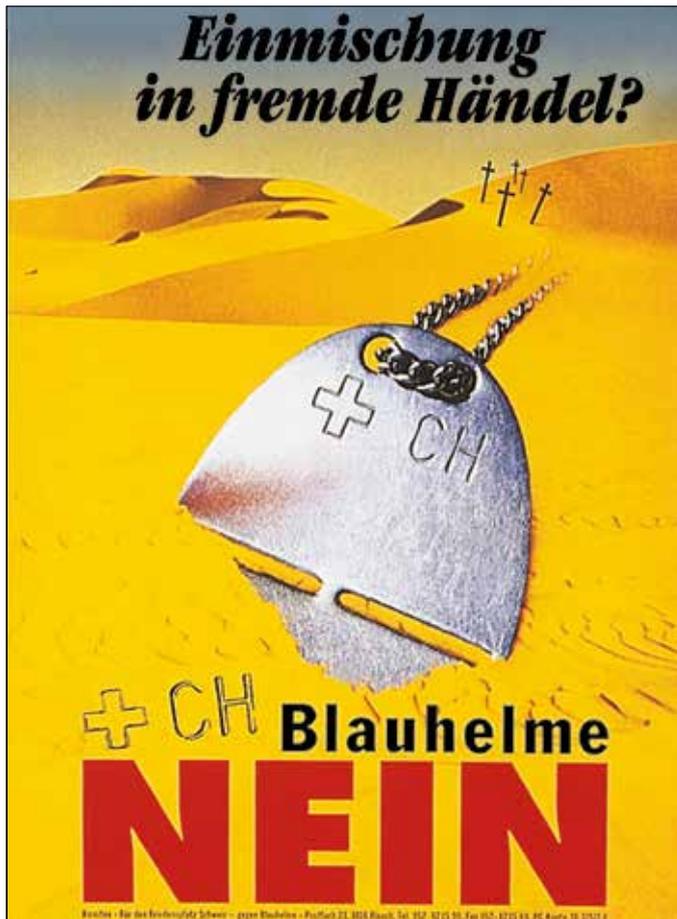
Zusätzlich fordern wir mit parlamentarischen Vorstössen weitere Verschärfungen im Strafvollzug und im Sicherheitsbereich. Gemeingefährliche Straftäter sollen auf lange Sicht (bis effektiv lebenslänglich) von der Gesellschaft entfernt werden. Weitere Gefängnisplätze sind nötigenfalls mit Notrecht zu erstellen.

Notrecht fordern wir auch zur Räumung der katastrophalen Drogenszene am «Letten»: Die Regierung soll endlich eine koordinierte Grossaktion unter Einsatz von Justiz, Polizei, Drogeneinrichtungen, Spitälern, Fürsorge- und Vormundschaftsbehörden durchführen.

*

Stark umstritten ist in jener Zeit die sogenannte «Blauhelm-Initiative». Obwohl Volk und Stände den Beitritt zur politischen Uno im Jahre 1986 wuchtig bachab geschickt haben (2002 wird das leider nicht mehr der Fall sein) wollen Bundesrat und Parlament, dass Schweizer «Blauhelme» zur internationalen «Friedenssicherung» eingesetzt werden. Geplant ist ein Kontingent von 600 Mann, also in Bataillonsstärke. Bundesrat Kaspar Villiger behauptet gebetsmühlenartig, die neutrale Schweiz sei geradezu prädestiniert, Blauhelme zu stellen. Weil nicht «blockgebunden», würden unsere Soldaten im Dienst der Uno als neutrale und Vertrauen erweckende «Diener für den Frieden» angesehen.

Natürlich ist das Gegenteil der Fall: Blauhelme stehen im Einsatz unter Uno-Kommando. Der damalige



Nationalrat Hans-Ulrich Graf, Bülach, betont zu Recht: «Glaubt Herr Villiger wirklich, dass irgendein Einwohner eines Drittwelltlandes nach der Nationalität eines Blauhelmsoldaten fragt? Im Kampf gegen die <Uno-Eindringlinge> kümmern sich die Einheimischen wohl zuletzt um die Nationalität der einzelnen Blauhelme...» Unsere Neutralität, so Graf, würde unglaublich, weil der Einsatz von Blauhelmen zwangsläufig einer Parteinahme entspreche: «Blauhelmeinsätze werden von den Grossmächten im Uno-Sicherheitsrat diktiert, die in aller Regel eine knallharte Interessenpolitik betreiben.»

Mit Grabkreuzen von toten Schweizersoldaten und einer abgetrennten Erkennungsmarke («Grabstein») im Wüstensand warnen wir vor dem möglichen Schicksal von Schweizer Blauhelmen, die für Grossmachtinteressen ihr Leben lassen.

Eine der Hauptvotantinnen gegen die Blauhelmvorlage ist die damalige SVP-Nationalrätin Lisbeth Fehr aus Humlikon ZH. Sie arbeitet sich in dieses Thema ein und argumentiert bei etlichen Veranstaltungen gegen die Blauhelme – insbesondere mit dem Argument, die Blauhelme seien nur eine Vorstufe zum Uno-Beitritt. Die Schweiz könne ihre internationale Solidarität viel wirksamer beweisen, indem sie die bewährten friedensfördernden Massnahmen und die humanitäre Hilfe und die Friedensdiplomatie (Rotes Kreuz, Katastrophenhilfekorps, Sanitätsformationen, Arbeit in den Uno-Unterorganisationen, Gute Dienste) weiterführe und verstärke.

Nach intensivem Kampf wird die Blauhelm-Vorlage am 12. Juni 1994 mit 57,2 Nein- gegen 42,8 Prozent Ja-Stimmen deutlich abgelehnt.

Leider entfernt sich Lisbeth Fehr in der Folge immer mehr von den Kernanliegen der SVP. So plädiert sie beispielsweise für den Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland (2001) und für den Uno-Beitritt (2002). Ihr «Hauptargument», das rasch die Runde macht: «Me cha nid de Föifer, s Weggli und au na s Schoggistängeli ha». Zudem behauptet sie in einem Interview, die Zürcher SVP habe «totalitäre Züge» angenommen. 2003 verfehlt sie das nötige Quorum und wird nicht mehr auf die SVP-Nationalratsliste gesetzt. Später wechselt sie zur «Bürgerlich-Demokratischen Partei» (BDP).

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Freitag, 14. Juni 2019, 18.00 Uhr

Hundert Jahre SVP/BGB Bezirk Meilen

Grussbotschaft von alt Nationalrat Toni Brunner
Im Ländli Obermeilen, Seestrasse 941, 8706 Meilen/ZH

Sonntag, 16. Juni 2019, 10.30 Uhr

Säntisblick-Frühshoppen der SVP Weinland

Nationalrat Roger Köppel: «Für eine freie und weltoffene Schweiz», Festwirtschaft, Hofbeiz der Familie Wipf, im Nägeli 2, 8460 Marthalen/ZH

Dienstag, 25. Juni 2019, 19.15 Uhr

Info-Seminar «EU-No»

Nationalrat Claudio Zanetti: «Bekämpfung des EU-Rahmenabkommens: Wie schreibe ich Leserbrief? Wie nutze ich Social Media zielgerichtet?»
Mehrzweckhalle, Wallierhofstrasse 6, 4533 Riedholz/SO

Dienstag, 2. Juli 2019, 19.30 Uhr

Info-Abend «EU-Rahmenabkommen (InstA)»

Worum geht es? Wie aktiv werden in der Meinungsbildung?
Werner Gartenmann, Auns; Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Restaurant Plättli Zoo, Hertenstrasse 41, 8500 Frauenfeld/TG

Dienstag, 2. Juli 2019, 20.15 Uhr

Informationsveranstaltung des «Bundes der Steuerzahler»

Referat von Nationalrat Alfred Heer: «So viele Milliarden kosten die rot-grünen Phantasien den Steuerzahler»
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Mittwoch, 3. Juli 2019, 8.00 – 21.30 Uhr

«Schweizerzeit»-Tagesausflug in die Schweizer Geschichte

mit Jürg Stüssi-Lauterburg und Ulrich Schlüer
Schlacht bei Sempach, «Schreckenstag» Nidwalden 1798
ab Carparkplatz Sihlquai beim Hauptbahnhof Zürich

BESTSELLER

**Widerworte**

Gedanken über Deutschland

Alice Weidel

Die Autorin ist Co-Präsidentin der AfD-Bundestagsfraktion in Deutschland. Kompetent und mutig analysiert sie

Sachverhalte, was schliesslich sichere Beurteilung ermöglicht. Dafür muss sie unglaubliche Schmäh-Tiraden über sich ergehen lassen. In ihren Gedanken über Deutschland dokumentiert sie, wie die etablierten, blindlings nach Brüssel ausgerichteten traditionellen Parteien in die Krise fehlender Lösungen für drängende Probleme geraten sind.

*Plassen, Kulmbach 2019, 147 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90)
Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 19.90*

**Das Schweizer EU-Komplott**

Carl Baudenbacher

Carl Baudenbacher arbeitete während 23 Jahren als Richter am Efta-Gerichtshof; von 2003 bis 2017 präsidierte er diesen Gerichtshof. Aus dieser Erfahrung formuliert er seine Kritik am Bundesrat, der den Rahmenvertrag mit

der EU blauäugig als «der Rechtssicherheit dienend» empfiehlt – obwohl dieser Vertrag die Unterwerfung der Schweiz unter EU-Richter vorantreibt. Niemand kommt an diesem Erfahrungsbericht eines im Umgang mit der EU zum Experten gewordenen Autors vorbei.

*Münster-Verlag, Basel 2019, 246 S., geb., (Richtpreis Fr. 26.–)
Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 24.70.*

**Die geheime Migrationsagenda**

Wie elitäre Netzwerke mithilfe von EU, UNO, superreichen Stiftungen und NGOs Europa zerstören wollen

Friederike Beck

Migration: Längst ein «Hauptgeschäft» grosser internationaler Organisationen. Genauer: Von vernetzten Staatsbürokratien mit EU, Uno sowie weltweit agierenden NGOs. Deren Ziel, weist die Autorin nach, besteht nicht zuletzt darin, Nationalstaaten und die Selbstbestimmung von Völkern, also die Demokratie zu beseitigen – auf dass ein Herrschaftsnetz bürokratischer Apparate weltweit durchgesetzt werden kann. Eine wahrhaft brisante Dokumentation.

*Kopp, Rottenburg 2016, 303 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 13.80*

Büchertisch

AKTUELL

**Die Nullzinsfalle**

Wie die Wirtschaft zombifiziert und die Gesellschaft gespalten wird

**Ronald Stöferle, Rahim Taghizadegan,
Gregor Hochreiter**

Die Politik behandelt die Zinsnullungs-Politik, welche die überschuldete EU für Europa erzwingt, als Tabu-Thema. Einerseits werden so die Sparer beraubt. Andererseits lässt der Nullzins Firmen weiter existieren, die im Wettbewerb andernfalls nie bestehen könnten. Sobald die Zinskorrektur nicht mehr aufgeschoben werden kann, wird eine Entlassungskatastrophe unabsehbaren Ausmasses Tatsache werden. Also: Vorsorgen, nicht bloss abwarten.

Finanzbuch, München 2019, 265 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 22.90) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 21.75

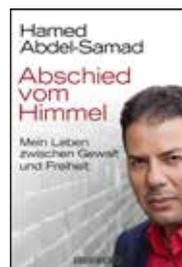
**Deutschland wird abgehängt**

Ein Lagebericht

Rainer Wendt

Deutschlands Grüne – die orientierungslosen Koalitionsparteien CDU und SPD skrupellos vorführend – werden von Tag zu Tag wirtschaftsfeindlicher. Auswirkungen sind bereits feststellbar. Die Wirtschaftslokomotive Deutschland droht aufs Abstellgleis gelenkt zu werden. Rainer Wendts Lagebericht ist mehr Alarmruf als Zustandsbeschreibung. Ein Warnruf für ganz Europa.

*Riva, München 2019, 187 S., geb., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 26.50*

**Abschied vom Himmel**

Mein Leben zwischen Gewalt und Freiheit

Hamed Abdel-Samad

Der Autor, Muslim, gehört zu den schärfsten und kompetentesten Kritikern des totalitären Islamismus. Seine Botschaften – durchwegs auf Erlebnissen beruhend – müssen in Europa gehört werden, wenn Europa den abendländischen Charakter seiner Kultur und Gesellschaft nicht vollends verlieren will.

Droemer-Knaur, München 2019, 333 S., Taschenbuch, (Richtpreis Fr. 16.50) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 15.70

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Vor dem Anfang

Burghard
Klaussner

Die spannende Erzählung spielt sich im April 1945, also in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs in Berlin

ab. Der Krieg ist längst entschieden. Aber noch immer wird blutig gekämpft. Zwei, die sich aus den letzten Schiessereien heraushalten wollten, werden mit einem brisanten Übermittlungsbefehl an ein Ziel geschickt, von dem man nicht einmal weiss, ob es überhaupt noch existiert. Sie erleben, wie dieser Krieg in Berlin zu Ende geht und Menschen zu überleben versuchen, während ein unmenschliches System buchstäblich in Schutt und Asche aufgeht. Spannend, aufrüttelnd.

Argon, 3 CDs, 193 Min., Die Geschichte wird vom Autor gelesen, (Richtpreis Fr. 27.90) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 26.50.

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksamste Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN

Staat – Volk –
Eidgenossen

Anmerkungen zum politischen System der Schweiz

Urs Marti

Der Autor war während Jahrzehnten NZZ-Bundeshauskorrespondent. Damals, als die Redaktionen noch nicht wenig kostende Stagiaires beschäftigten, vielmehr profunde Kenner der Schweiz und des Berner Parlamentsbetriebs. Wo immer man politisch steht: Die Beschreibung der eidgenössischen Politwirklichkeit durch diesen Kenner der Materie bietet dem Leser wahrhaft echten Einblick ins Räderwerk, das die Eidgenossenschaft bewegt. Urs Marti suchte nicht «Knüller». Er beschrieb das Funktionieren Bundesberns. Sein Buch zu lesen lohnt sich – selbst wenn man nicht all seine Meinungen teilt.

US

Urs Marti: «Staat – Volk – Eidgenossen. Anmerkungen zum politischen System der Schweiz». Orell Füssli, Zürich 2019, 288 S., geb, (Richtpreis Fr. 34.90) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 33.20.

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Alice Weidel – Widerworte à Fr. 19.90
 Carl Baudenbacher – Das Schweizer EU-Komplott à Fr. 24.70
 Friederike Beck – Die geheime Migrations ... à Fr. 13.80

Aktuell

- Ronald Stöferle, Rahim Taghizadegan,
Gregor Hochreiter – Die Nullzinsfalle à Fr. 21.75
 Rainer Wendt – Deutschland wird abgehängt à Fr. 26.50
 Hamed Abdel-Samad – Abschied vom Himmel à Fr. 15.70

Hörbuch

- Burghard Klaussner – Vor dem Anfang à Fr. 26.50

Buchzeichen

- Urs Marti – Staat – Volk – Eidgenossen à Fr. 33.20

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(11/14.06.2019)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 14.06.2019	Stammtisch	Reglementitis – Bedroht Bürokratie das Schweizer Berufsausbildungs-System? Ulrich Schlüer im Gespräch mit Diana Gutjahr, SVP-Nationalrätin; Markus Bösiger, Malermeister und Paul Mayer, Unternehmer und SVP-Kantonsrat ZH
Freitag, 21.06.2019	Magazin	Lohn- und Boni-Exzesse – und kein Ende Ulrich Schlüer im Gespräch mit Ständerat Thomas Minder
Freitag, 28.06.2019	Stammtisch-Live	Details zur Sendung folgen (siehe «Brisant»)
Freitag, 05.07.2019	Landmann-Talk	Lohn- und Boni-Exzesse – und kein Ende Ulrich Schlüer im Gespräch mit Ständerat Thomas Minder

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg / Ebnet-Kappel Zuschauer herzlich willkommen!

Freitag, 28.06.2019 17.00 Uhr	Stammtisch	Klimawandel: Fakten vs. Angstmache Anian Liebrand im Gespräch mit Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU
Freitag, 28.06.2019 21.00 Uhr	Stammtisch-Live	Details zur Sendung folgen (siehe «Brisant»)



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

28. Juni 2019

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX
EU-Länder: Volksbank Hochrhein eG,
79798 Jestetten, Konto 13250 00, BLZ 684 922 00
IBAN: DE34 6849 2200 0001 3250 00
Verlagsleitung: Ulrich Schlüer
Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach
Telefon: 052 301 31 00
Telefax: 052 301 31 03
redaktion@schweizerzeit.ch
www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Auflage gem. WEMF: 12'955 (1. Sept. 2018)

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegefeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-tägig

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

Kastrierte Demokratie

Laut einer repräsentativen Umfrage, die in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)» erschienen ist, geben 59 Prozent der Deutschen an, sie getrauten sich nicht, sich in der Öffentlichkeit frei zu äussern. Nur 18 Prozent sehen im öffentlichen Raum eine vergleichbare Freiheit, wie sie sich unter Freunden äussern. Ein Armutszeugnis für eine sich frei und demokratisch bezeichnende Gesellschaft.

In der Schweiz dürfte die Situation noch nicht so dramatisch sein, doch auch bei uns zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab. Gute Leute geben den Parteien reihenweise einen Korb. Sie öffentlich für ein gesellschaftliches Amt zu exponieren und eine klare Meinung zu vertreten, sehen immer mehr Menschen als Gefahr für das persönliche Ansehen und das wirtschaftliche Auskommen.

Besonders davon betroffen sind Parteien und Vereinigungen, die vom Mainstream abweichende Positionen vertreten. Sie spüren zwar nach wie vor starken Rückhalt in der Bevölkerung – diese macht sich im öffentlichen Diskurs allerdings nicht in dem Ausmass bemerkbar, wie es den tatsächlichen Stärkeverhältnisse entspricht. Und so driften öffentliche und veröffentlichte Meinung immer stärker auseinander.

Wer ist für diese fatale Entwicklung verantwortlich? Ironischerweise sind es vor allem

jene Kreise, die für sich den Anspruch erheben, fortschrittliches Denken gepachtet zu haben und sich ermächtigt fühlen, selbst definierte Gegner mit allen Mitteln aus der «gesellschaftlichen Mitte» drängen zu dürfen. So sind es vor allem die grossen Verlagshäuser, Prominente aus der Kulturschickeria, linke Politiker, Gewerkschaften und Bildungseliten aus den Geisteswissenschaften, welche die Grenzen des Sagbaren einzuengen und unliebsame Konkurrenz mit gesellschaftlicher Ächtung und legitimierten Schmutzkübel-Kampagnen zu disziplinieren versuchen.

Ein Musterbeispiel, wie Andersdenkende mit abwertenden Begrifflichkeiten zugemüllt werden, bietet die Klimadebatte. Wer öffentlich die Ansicht vertritt, der Klimawandel sei nicht ausschliesslich menschengemacht, wird immer hemmungsloser mit dem Etikett «Klima-Leugner» versehen. Die augenfällige Analogie zum Totschlagbegriff des «Holocaust-Leugners» verfolgt dabei das Ziel, anderen Meinungen jegliche Legitimation abzuspochen und den Absender in die Schmuttel-Ecke zu befördern. Wann überwinden wir endlich diese intellektuelle Selbstkastration?

Anian Liebrand

Schluss
Punkt 